

KAB ARBEITER ZEITUNG

KOMMUNISTISCHER ARBEITERBUND

Nr. 5

1. MAI BLEIBT KAMPFTAG

Seit 80 Jahren führen die Arbeiter aller Länder den 1. Mai als ihren Kampftag durch.

Den Kapitalisten war der 1. Mai von Anfang an ein Dorn im Auge, weil am 1. Mai in den Forderungen der Arbeiter die Klassenfronten unübersehbar deutlich werden. Daher haben die Kapitalisten immer wieder versucht, mit Betrug und Gewalt die 1. Mai-Demonstrationen zu verhindern. Auch dieses Jahr stehen die 1. Mai-Demonstrationen unserer Kollegen in Griechenland, Spanien, und vielen anderen Ländern unter großem Risiko für die Kollegen, aus ihrem Betrieb entlassen, verhaftet, schwer verletzt, auf der Straße erschossen zu werden. Unvergessen ist in Deutschland der 1. Mai 1929 in Berlin, wo der SPD-Polizeipräsident Zörgiebel das Feuer auf die demonstrierenden Arbeiter eröffnen ließ und mehr als 30 Arbeiter getötet wurden. Tagelange Barrikadenkämpfe in den Berliner Arbeiterbezirken folgten und forderten weitere Opfer.

Unter dem Faschismus wurde der 1. Mai als Kampftag der Arbeiterklasse dann restlos beseitigt.

Daß die Kapitalisten gegen den 1. Mai sind, ist weiter kein Wunder. Das entspricht ihren Klasseninteressen.

Leider glauben heute aber auch einige Gewerkschaftsführer, daß der 1. Mai "nicht mehr zeitgemäß" ist. Es wird auch als "Begründung" vorgeschoben, die Arbeiter würden den 1. Mai nicht mehr als ihren Kampftag betrachten.

Für viele Kollegen trifft das zur Zeit wohl zu. Aber hat nicht die DGB-Führung das ihre dazu getan, solche Auffassungen aufkommen zu lassen?

Auf den DGB-"Mai-Feiern" in Hamburg kommen seit Jahren nicht mehr die Arbeiter aus den Betrieben mit ihren Sorgen und Nöten zu Wort, sondern nur noch "Star-Redner" aus der DGB- und SPD-Führung. Mobilisierung in den Betrieben für den 1. Mai gibt es nicht mehr. Die zentralen "Mai-Parolen" werden immer nichtssagender, wie z. B.: "Wir sichern den Fortschritt" usw. Mit solchem Quark ist kein Hund hinterm Ofen vorzulocken.

Die Septemberstreiks 1969 und die Metall-Tarifrunde 1970 haben doch bewiesen, daß die Arbeiter bereit sind, für konkrete Forderungen, die ihre wirklichen Interessen kräftig zum Ausdruck bringen, auch zu kämpfen. Leider haben die Arbeiter für diese Forderungen bei der DGB-Führung nicht immer den nötigen Rückhalt gefunden.

In Hamburg soll dieses Jahr am Abend des 30. April eine Kundgebung in der Ernst-Merck-Halle stattfinden und am 1. Mai dann nur noch eine kleine Feierstunde mit Günther Grass im Gewerkschaftshaus.

Inhalt

- 3** KOMMUNISTEN SCHLAGEN AKTIONS-
BÜNDNIS ZUM 1. MAI VOR - DAS
SIND UNSERE MAI-FORDERUNGEN
- 9** BESCHÄMENDES VERHALTEN DER
DKP-FÜHRUNG
- 12** DIE SUPER-"LINKEN" SIND FEINDE
CHINAS UND ALBANIENS
- 13** GEGEN WEN MUSS DER HAUPT-
STOSS GERICHTET WERDEN?
- 14** DIE ERFAHRUNGEN UNSERER
SCHWEDISCHEN GENOSSEN
- 15** DIE BEDÜRFNISSE UND FORDE-
RUNGEN DER MASSEN ZUR
GRUNDLAGE UNSERER POLITIK
MACHEN!

"Wir glauben, mit dieser Konzeption den Hamburger Arbeitnehmern einiges zu bieten. Wir haben über diese neue Form in allen gewerkschaftlichen Gremien lange diskutiert und glauben, die optimale Lösung für 1971 gefunden zu haben", erklärte der Hamburger DGB-Vorsitzende Saalfeld. "Optimale Lösung", aber für wen denn? Viele Kollegen waren sogleich nach Bekanntwerden des DGB-Beschlusses zum 1. Mai durchaus nicht der Meinung, daß das für die Arbeiter die "optimale Lösung" ist.

Am 1. Februar beschloss die Belegschaftsversammlung des Gesamthafenbetriebes, "den 1. Mai als Kampftag durchzuführen und "der rechtsradikalen Aktion Widerstand entschlossen entgegenzutreten". Am 11. Februar faßte die Vertreterversammlung der IG Metall (die in Hamburg etwa 50 000 Kollegen vertritt) den Beschluß, am 1. Mai eine Demonstration und Kundgebung gegen die Rechtskräfte, für soziale Verbesserungen durchzuführen.

Die gewerkschaftlichen Vertrauensleute eines großen Hamburger Metallbetriebes erklärten: "In Anbetracht unserer unerfüllten Forderungen nach qualifizierter Mitbestimmung und einem brauchbaren Betriebsverfassungsgesetz fordern wir den DGB-Hamburg auf, zu diesen Punkten in der Öffentlichkeit durch eine eindrucksvolle Kundgebung am 1. Mai Stellung zu nehmen."

Der Kreisjugendausschuß des DGB (KJA) faßte am 1. März einen Beschluß, worin es unter anderem heißt, es sei "gerade jetzt notwendig, den Interessen der Arbeiter und Angestellten durch eine machtvoll DGB-Demonstration am 1. Mai Ausdruck zu verleihen!" (siehe Kasten auf dieser Seite).

Resolution des KJA

KREISJUGENDAUSSCHUSS DES
DGB KREIS HAMBURG

Der DGB-Kreisvorstand Hamburg hält trotz massiver und andauernder Proteste aus den Betrieben an seinen Beschlüssen zum 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse fest. Das heißt, das am 1. Mai keine Demonstrationen des DGB in Hamburg stattfinden. Hiergegen protestiert der KJA des DGB-Hamburg aufs Schärfste! In der BRD verschärfen sich die Widersprüche zwischen den Interessen der Kapitalisten, und denen der arbeitenden Bevölkerung mehr und mehr. Dies äußert sich in dem mehr oder weniger versteckt betriebenen Lohnraub durch ständige Preiserhöhungen und die Lohnsteuervorauszahlungen.

Eine neue Krise des kapitalistischen Systems zeichnet sich ab, Kurzarbeit und Entlassungen nehmen zu. Diese Krise darf nicht wieder auf Kosten der Arbeiter ausgetragen werden!

Damit aber die Arbeiter auch in Zukunft ihre Interessen nicht wirksam wahrnehmen können, legt uns die Bonner Regierung einen BetrVG-Entwurf vor, der eindeutig den Interessen der Unternehmer dient und ihre Herrschaft in Betrieb und Gesellschaft sichern hilft. (Ein weiteres Zeichen hierfür ist die Unterdrückung jeglicher Mitbestimmungsforderungen des DGB)

Die Arbeiterklasse hat in den Lohnkämpfen der letzten Jahre bewiesen, daß sie die Mächte des Kapitals und seiner Vertreter (Konzertierte Aktion, Lohnleitlinien etc.) nicht länger hinzunehmen bereit ist!

In einer solchen Situation fahren die reaktionärsten Kreise der Kapitalistenklasse ihre schwersten Geschütze auf. Mit der Gründung von offen faschistischen Organisationen schaffen sich die Kreise von Strauß, Oetker, etc. ihre Waffen, um die berechtigten Forderungen der Arbeiter auch mit dem Mittel des Faschismus bekämpfen zu können! (Anschläge auf DGB-Häuser und DKP-Büros).

Darum ist es gerade jetzt notwendig, den Interessen der Arbeiter und Angestellten durch eine machtvoll DGB-Demonstration am 1. Mai Ausdruck zu verleihen! Dieses muß auch der DGB-Kreisvorstand Hamburg erkennen!

Resolution des JAd der GHK

JUGEND-ARBEITSKREIS DER
VERWALTUNGSSTELLE HAMBURG
IN DER GEWERKSCHAFT
HOLZ UND KUNSTSTOFF

Der DGB-Kreisvorstand Hamburg hat auf einer seiner letzten Sitzungen beschlossen, am 1. Mai keine Demonstration und Kundgebung stattfinden zu lassen. Der Arbeitskreis Hamburg der GHK mißbilligt diese Entscheidung aufs Schärfste. Mit dieser Entscheidung wird eindeutig der Tag der Arbeiter in seinem Wesen und seiner Aussage entfremdet.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung kennzeichnet sich seit Beginn für eine Interessenvertretung der Arbeiterschaft gegenüber den katastrophalen Arbeitsverhältnissen und Abhängigkeiten des Kapitals. Die Gewerkschaften haben zwar Arbeitszeitverkürzungen, bezahlten Urlaub u.a. eingeführt, aber die Ursache allen Übels blieb erhalten.

Nach wie vor haben sich die Eigentumsverhältnisse seit 150 Jahren nicht verändert. 70% des Produktionsvermögens sind in der Hand von weniger als 2% der Bevölkerung konzentriert. Wir sind der Meinung, daß der 1. Mai in seiner Aussage auf diesen skandalösen Zustand hinweisen muß. Neben vielen wichtigen Aufgaben ist die Öffentlichkeitsarbeit ein bedeutender Faktor der Gewerkschaftsbewegung; besonders gegen die in letzter Zeit aufkommenden faschistischen Kräfte, deren Ziel es ist, die erstarkende Arbeiterbewegung zu zerschlagen.

Die Unpopularität des 1. Mai ist letztlich eine Folge der Bewußtseinsmanipulation durch die Unternehmer. Eine Gewerkschaftsmüdigkeit tritt auch deshalb auf, weil der DGB sich nicht mehr als Schrittmacher betätigt, sondern vielmehr die jetzigen Eigentumsverhältnisse verfestigt.

Wir fordern deshalb den Verwaltungsstellen-vorstand ausdrücklich auf, die Verpflichtung und Verantwortung gegenüber dem Arbeiter wahrzunehmen und darauf hinzuwirken, die Entscheidung des DGB-Kreisvorstandes rückgängig zu machen.

Wir schließen uns hiermit der Kritik der Kollegen in den Betrieben, des KJA und des Jour Fix solidarisch an.

KOMMUNISTEN SCHLAGEN AKTIONSBÜNDNIS ZUM 1.MAI VOR

Anfang März wandten sich Sozialistisches Arbeiter- und Lehrlingszentrum (SALZ), Kommunistischer Arbeiterbund (KAB), Bergedorfer Arbeiter- und Lehrlingszentrum (BALZ) in einem gemeinsamen Offenen Brief an die Hamburger Arbeiterschaft und ihre Organisationen. In diesem Offenen Brief wurde die Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens von Gewerkschaften, Sozialdemokraten, DKP-Mitgliedern und Kommunisten begründet. Es wurde vorgeschlagen, unter anderem für folgende Forderungen am 1. Mai zu demonstrieren:

DIE KRISE DARF NICHT WIEDER AUF DIE ARBEITER ABGEWÄLTZT WERDEN!

SCHLUSS MIT DER 'KONZERTIERTEN AKTION'!

KAMPF DEM ARBEITERFEINDLICHEN BVG, FREIE GEWERKSCHAFTLICHE UND POLITISCHE BETÄTIGUNG IM BETRIEB!

KAMPF DEM FASCHISMUS!

AUFHEBUNG DES KPD-VERBOTS, GEGEN VERFOLGUNG DEMOKRATISCHER KRÄFTE!

DAS SIND UNSERE MAI-FORDERUNGEN

1. Die Krise darf nicht wieder auf die Arbeiter abgewälzt werden!

Der westdeutsche Kapitalismus hat den Höhepunkt seines fünften Nachkriegszyklus schon im vorigen Jahr überschritten und bewegt sich erneut auf eine Krise zu. Das zeigt sich im Sinken der industriellen Auftragsbestände und einer raschen Verlangsamung des Produktionswachstums. Unmittelbare Folge: Kurzarbeit und Entlassungen in verschiedenen Industriezweigen während des Winters 1970/71.

Dennoch sind diese Erscheinungen nicht die Krise selbst, sondern nur ihre Vorboten. Die Kapitalisten selbst rechnen erst für 1972/73 mit einem offenen Ausbruch der Krise. Bis dahin geht es ihnen darum, die Lebensverhältnisse der Arbeiter zu verschlechtern, um selbst ihre Profit-Spanne zu vergrößern, mehr Geld für Investitionen freizumachen, ihre Chancen auf dem Weltmarkt auszubauen. So denken die Kapitalisten, die ärgsten Folgen der Krise wieder einmal auf die Arbeiter, auf die werktätige Bevölkerung abwälzen zu können. In Erwartung einer Verschärfung der Klassenkämpfe bereiten die Kapitalisten die politische Unterdrückung der Arbeiterbewegung vor: Unterstützung rechtsradikaler Gruppen, Aufbau von Franz Josef Strauss zum neuen "starken Mann", zu einem neuen Hitler, Einstellung des sogenannten "Bundesgrenzschutz" auf den Bürgerkrieg, Zentralisierung und Ausbau des Polizeiparats, Vorbereitung eines Verbots kommunistischer Organisationen u.a.

Die BRD gehört zu den am stärksten exportabhängigen Ländern der Welt. Schon 1966 betrug der Anteil des Exports am westdeutschen Bruttoinlandsprodukt über 17% - in den USA dagegen nur etwa 4%! Die Krise von 1966/67 konnte überhaupt nur durch eine weitere Steigerung der Exporte so relativ glimpflich überwunden werden.

Der westdeutsche Kapitalismus leidet unter einem krassen Mißverhältnis hoher Exporte gegenüber relativ geringen Direkt-Investitionen (Fabriken deutscher Firmen, Kapitalbeteiligungen u.ä.) im Ausland. 1968, als der westdeutsche Export schon fast 100 Mrd. Mark erreichte, lagen die Direktinvestitionen im Ausland erst bei 13 Mrd. Dagegen hatten z.B. die US-Imperialisten Direktinvestitionen von 240 Mrd. Mark, bei einem Export von 135 Mrd. Die relativ geringen Direktinvestitionen des deutschen Imperialismus sind vor allem die Folge zweier verlorenen Kriege.

Lenin stellte 1917 fest: "Für den alten Kapitalismus, mit der vollen Herrschaft der freien Konkurrenz, war der Export von Waren kennzeichnend. Für den neuesten Kapitalismus, mit der Herrschaft der Monopole, ist der Export von Kapital kennzeichnend geworden... Der Imperialismus ist der Kapitalismus auf jener Entwicklungsstufe, wo die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausgebildet, der Kapitalexport hervorragende Bedeutung gewonnen, die Aufteilung der Welt durch die internationalen Trusts begonnen hat und die Aufteilung

des gesamten Territoriums der Erde durch die größten kapitalistischen Länder abgeschlossen ist."
(Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus)

Die westdeutschen Imperialisten drängen auf Ausdehnung des Kapitalexports (d.h. ihrer Direktinvestitionen im Ausland), denn nur diese können letzten Endes ihre hohen Warenexporte langfristig absichern.
"Der Kapitalexport wird zu einem Mittel, den Warenexport zu fördern." (Lenin).
Ein gutes Beispiel dafür ist die sogenannte "Entwicklungshilfe"; sie wird in der Regel aus Steuergeldern aufgebracht (verursacht also den Kapitalisten keine zusätzlichen Kosten) und ist häufig mit der Bedingung verknüpft, für die "Hilfe" westdeutsche Waren zu kaufen, die oft auch noch so minderwertig sind, daß sie überhaupt nur auf diesem Weg noch an den Mann gebracht werden können. Nicht umsonst steht die BRD hinsichtlich des prozentualen Anteils ihrer "Entwicklungshilfe" am Brutto sozialprodukt an erster Stelle aller kapitalistischen Länder!

Die Kapitalisten aller Länder stehen vor dem Problem relativ schrumpfender Märkte (also: Absatzschwierigkeiten). Das verschärft den Kampf zwischen ihnen um Absatzmärkte und Rohstoffgebiete.
Dieser Kampf beruht wegen ihrer hohen Abhängigkeit vom Warenexport der westdeutschen Imperialisten in besonderem Maß. Folgende Zahlen geben an, welchen Anteil im Jahr 1969 die Ausfuhr an der Gesamtproduktion verschiedener Zweige der westdeutschen Industrie hatte (die Zahlen in Klammern gelten für das Jahr 1966 und machen damit den wachsenden Anteil der Ausfuhr deutlich - außer Schiffbau):

Straßenfahrzeugbau	: 41% (38%)
Maschinenbau	: 41% (34%)
Feinmechanische und optische Industrie	: 48% (34%)
Schiffbau	: 38% (39%)
Chemische Industrie	: 30% (27%)

Einige westdeutsche Firmen machen mehr als die Hälfte ihres Gesamtumsatzes im Ausland: VW 71%, Bayer 61,4%, Hoechst 52%. Knapp darunter liegen: Klöckner-H.D. 49,3%, BASF 48%, Daimler-Benz 47,8% (Zahlen gelten für 1969).

Wegen ihrer hohen Exportabhängigkeit sind die westdeutschen Imperialisten von der Entwicklung auf dem Weltmarkt besonders stark abhängig. Deshalb gehen ihre Bestrebungen dahin, den Kapitalexport rasch auszudehnen und ihren Warenexport zumindest auf dem gegenwärtigen hohen Niveau abzusichern.

Steigerung des Kapitalexports bedeutet: die Kapitalisten müssen zusätzliche Finanzmittel freimachen

Abmilderung des Warenexports bedeutet: die Kapitalisten müssen ihre Produktionskosten senken, um konkurrenzfähige Preise zu halten

Beides geht nur auf Kosten der Arbeiterklasse und der übrigen werktätigen Bevölkerung. Das bedeutet: höhere Besteuerung, Steigerung der Arbeitsetze, steigende Preise im Inland, Druck auf den Real-Lohn.
Das ist einer der Gründe für die kommende Offensive der Kapitalistenklasse gegen die wirtschaftlichen Lebensverhältnisse und die politischen Rechte des Volkes.

Aber dazu kommen weitere Schwierigkeiten der Kapitalisten. z.B. wurde in der BRD der Ausbildungs-Sektor in einer Weise vernachlässigt, daß es in der Konsequenz für die Kapitalisten selbst verheerend zu werden beginnt. Ohne einen erheblich höheren durchschnittlichen Ausbildungsstand können die Kapitalisten mit den Problemen der wissenschaftlich-technischen Weiterentwicklung nicht Schritt halten.
Das bedeutet: mehr Schulen und Universitäten, mehr und besser qualifizierte Lehrkräfte usw. - in jedem Fall Milliarden-Ausgaben. Und das ist nur eines der vielen Struktur-Probleme der kapitalistischen Gesellschaft.

Der Kapitalistenklasse geht es darum, ihre langfristigen Struktur-Probleme, ihre inneren und äußeren Widersprüche, auf Kosten der Arbeiterklasse und der übrigen werktätigen Bevölkerung zu lösen: in Form von Steuer-Erhöhungen, in Form einer Senkung der Real-Löhne usw.
Deshalb fordern wir am 1. Mai: DIE KRISE DARF NICHT WIEDER AUF DIE ARBEITER ABGEWÄLTZT WERDEN!
Und das heißt: Wenn die Kapitalisten Struktur-Probleme haben, dann sollen sie auch dafür zahlen! Wenn Geld für soziale Ausgaben nötig ist (und es ist viel nötig, für den Bau fehlender Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser u.a.), so ist im aufgeblähten Rüstungsetat Geld genug dafür zu holen! Die Steuer-Lasten müssen so verteilt werden, daß sie nicht mehr in erster Linie das Volk treffen, sondern auch die Kapitalisten! Der Steuerflucht, der systematischen Verschiebung von hunderten Millionen Mark ins Ausland (1970 nach Schätzungen des hessischen Finanzministeriums bereits fünf Mrd. Mark!) muß durch abschreckende Strafen ein Riegel vorgeschoben werden!

Das ist von den Kapitalisten natürlich nicht zu erwarten. In der kapitalistischen Gesellschaft wird es immer so sein, daß Krisen und Struktur-Probleme vor allem auf die Arbeiterklasse abgewälzt werden.
Aber unser Kampf gegen höhere Steuern und Preise, für eine Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lebensverhältnisse, für Verteidigung und Erweiterung unserer politischen Rechte, für radikale Kürzung der Rüstungslasten usw. entscheidet darüber, wie weit es den Kapitalisten gelingt, ihre Krise tatsächlich abzuwälzen; und damit entscheidet dieser Kampf auch mit über die weitere Existenz des Kapitalismus.

2. Schluß mit der konzertierten Aktion!

In der Krise von 1966/67 entstand die "Konzertierte Aktion" als typisches Krisen-Instrument der kapitalistischen Gesellschaft.

Sie bedeutet Beratung und Zusammenarbeit zwischen Kapitalisten, Regierung und Gewerkschafts-Führung. Die "Konzertierte Aktion" hat verschiedene ältere Vorbilder wie etwa die reaktionären "Arbeitsgemeinschaften" der Gewerkschafts-Führer mit den Kapitalisten während des 1. Weltkrieges und in gewissem Sinn auch die faschistische "Deutsche Arbeitsfront" seit 1933.

Die "Konzertierte Aktion" und ihre Vorgängerinnen sind Ausdruck der kapitalistischen Demagogie vom angeblichen "Verschwinden der Klassengegensätze". Die Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Kapitalisten werden aus den Betrieben herausgenommen und an die "Grünen Tische" verlegt, wo sie der demokratischen Kontrolle durch die Arbeiter entzogen sind. Deshalb führt die "Konzertierte Aktion" - unabhängig von den momentanen wirtschaftlichen Ergebnissen - langfristig auch zur Abstumpfung des Klassenbewußtseins der Arbeiter, die nicht Subjekt, sondern nur noch Objekt der Tarif-Auseinandersetzungen sind.

Verbunden mit der "Konzertierten Aktion" ist der von SPD-Minister Schiller geprägte demagogische Begriff der "sozialen Symmetrie". Er besagt, daß angeblich Gewinne und Löhne in der gleichen Weise steigen sollen. Tatsächlich bedeutete aber die "Konzertierte Aktion", daß während der Jahre 1967/68 die Gewinne der Kapitalisten 5-10mal so schnell stiegen wie die Arbeiter-Löhne. Die Krise von 1966/67 wurde also direkt übergeleitet in eine bis dahin nicht gekannte Gewinn-Explosion und Konzentrationswelle.
Diese Entwicklung lag ihrerseits den Septemberstreiks 1969 zugrunde, die eine Anpassung der Löhne an die überproportional gestiegenen Gewinne zu erreichen versuchten. Die Septemberstreiks kennzeichnen insofern die Krise der "Konzertierten Aktion", deren Zweck ja unter anderem gerade darin besteht, spontane Kämpfe der Arbeiter in den Betrieben so weit wie möglich auszuschalten.

Für 1971 sind vom Wirtschaftsministerium erstmals wieder "Lohnleitlinien" herausgegeben worden; eine Neu-Aufnahme der "Konzertierten Aktion" ist seit Herbst 1970 im Gespräch.
Die Gewerkschafts-Führung verbreitet in diesem Zusammenhang die Illusion, als ob das Wirtschaftsministerium eine Art "neutraler Schlichter" zwischen Kapitalisten und Arbeitern wäre. Das stimmt nicht.
Der Staatsapparat ist immer das Instrument der herrschenden Klasse, also auch das Wirtschaftsministerium. Das wäre sogar dann der Fall, wenn an der Spitze des Wirtschaftsministeriums nicht der Erz-Reaktionär Schiller, sondern ein verhältnismäßig "gutwilliger" Sozialdemokrat stünde. Bei Schiller allerdings ist der Fall auch subjektiv, von seinem Selbstverständnis her ganz klar: "Die Unternehmer müssen erkennen oder sollen erkennen, daß diese Regierung und daß dieser Wirtschaftsminister die Marktwirtschaft mit Klauen und Zähnen verteidigt... Die Unternehmer müssen wissen, daß sie in diesem Hause Gehör finden." (SPIEGEL-Interview mit Schiller, Nr. 30/70)
Schiller gab auch offen zu, daß es für ihn in diesem Jahr "die wichtigste Aufgabe" sein wird, "in unserer Gesellschaft die Position der Marktwirtschaft und die marktwirtschaftliche Gesinnung zu stärken." (Frankfurter Rundschau, 2. Januar 71)

Das Wirtschaftsministerium hat die "Lohnleitlinien" für 1971 mit 7,5 bis 8% angegeben. Der zentrale Kapitalistenverband BDA hat in seinem Jahresbericht Lohnerhöhungen von 6,5% in diesem Jahr für "tragbar" erklärt. Die Gewerkschaftsführung strebt ihrer Projektion für 1971 zufolge Lohnerhöhungen um 10,4% an. Es ist im Grunde müßig, wenn sich nun einige Gewerkschaftsführer in Haarspaltereien darüber ergehen, ob Schillers Zahlen nun "Leitlinien", "Orientierungsdaten" oder "Richtwerte" sind. Es ist auch ohne Belang, wenn nun einige Gewerkschaftsführer demagogisch erklären: "Orientierungsdaten haben für uns keinen Stellenwert, weil wir Lohnleitlinien grundsätzlich ablehnen" (ÖTV-Vorsitzender Kluncker), wenn sie nachher doch praktisch die "Lohnleitlinien" akzeptieren. Gerade die ÖTV hat nach den Worten Schillers mit dem Tarifabschluß Anfang Dezember 1970 den "Prozess der Annäherung der Löhne an die Orientierungsdaten eingeleitet" (SPIEGEL-Interview, s.o.). Ausgehend von Lohnforderungen zwischen 10,4 und 14,4% (ein Abschluß unter 10% sei "indiskutabel", erklärte Kluncker!) ließ sich die ÖTV auf durchschnittlich 9% herunterhandeln. Ein weiterer Schritt in diese Richtung ist der Abschluß der IG Druck und Papier mit 7,5% für die papiererzeugende und 9% für die papierverarbeitende Industrie, obwohl von der Gewerkschaft zunächst 12% Lohnerhöhung und eine 10%ige Vorweganhebung gefordert worden waren.

Recht gesehen liegen die Abschlüsse der ÖTV und der IG Druck und Papier schon innerhalb der "Lohnleitlinien". Den den "Lohnleitlinien" lag die Annahme zugrunde, die Preissteigerungen bei etwa 3% (jährlich) halten zu können. Tatsächlich lagen aber schon Mitte Februar die Preise um 4,3% höher als im gleichen Monat des Vorjahres; bei vielen Lebensmitteln gab es sogar Preissteigerungen zwischen 5 und 10%. Weitere Preissteigerungen sind von den EWG-Marktpreisverhandlungen zu erwarten: "In Bonn geht man davon aus, daß zumindest Butter, Käse, aber wahrscheinlich auch Rindfleisch für den Verbraucher teurer werden dürften." (Frankfurter Rundschau, 27. März)

Jetzt zeigt es sich, daß auch der sogenannte 10%ige "Konjunkturschlag" (Steuer-Vorauszahlung) dazu eingesetzt wird, auf unsere Lohnforderungen in diesem Jahr zu drücken. Diese Steuer-"Vorauszahlung" muß bis zum 30. Juni dieses Jahres noch gezahlt werden, und soll dann bis März 73 in nicht näher festgelegten Raten zurückgezahlt werden. Die Regierung hat aber bereits erklären lassen, "daß die Zurückzahlung mit dem allgemeinen tarifpolitischen Lohnklima der Sozialpartner zusammenhängt" (Möller). Zu deutsch: wenn wir mehr fordern, als in den "Lohnleitlinien" drin ist, dann läßt sich die Regierung auch mit der Rückzahlung der "Steuer-Vorauszahlung" mehr Zeit. So oder so sind wir die Betrogenen! Damit nicht genug: Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung in Essen (RWI) empfiehlt sogar, "gegebenenfalls den Konjunkturschlag zu verlängern". (Frankfurter Rundschau, 29. März).
Und der Direktor des Kieler Instituts für Weltwirtschaft sieht gar in der Vollbeschäftigung "ein Hindernis, das konjunkturgerechten Lohnanstiegsraten im Wege steht" (Frankfurter Rundschau, 27. März). Zu deutsch: mit einer kräftigen Reserve von Arbeitslosen würde es den Kapitalisten leichter fallen, gegen die Arbeiter ihre wirtschaftspolitischen und lohnpolitischen Vorstellungen durchzusetzen!

Wenn wir am 1. Mai fordern: SCHLUSS MIT DER KONZERTIERTEN AKTION!, dann ist das eine klare Absage an die Schillerschen "Lohnleitlinien", eine klare Absage an den Versuch der Kapitalistenklasse, unseren Real-Lohn zu drücken, eine klare Absage an kriminelle Drohungen der Kapitalisten mit Arbeitslosigkeit und Verlängerung der Steuer-Vorauszahlung!

Wenn wir am 1. Mai fordern: SCHLUSS MIT DER KONZERTIERTEN AKTION!, dann ist das aber auch eine klare Absage an die Politik der Klassenzusammenarbeit überhaupt, die der Arbeiterklasse immer nur Nachteile gebracht hat, eine klare Absage an das Märchen vom "Verschwinden des Klassenkampfes"!

3. Kampf dem arbeiterfeindlichen BVG! Freie gewerkschaftliche und politische Betätigung im Betrieb!

Das gegenwärtig geltende Betriebsverfassungsgesetz stammt aus dem Jahr 1952, aus einer Zeit des allgemeinen Erstarkens der alten reaktionären Kräfte nach ihrer Niederlage 1945. Das BVG von 1952 beseitigte viele demokratische Rechte, die sich die Arbeiter nach 1945 in den Betrieben und teilweise sogar auf Länderebene (Hessen) erkämpft hatten. Kein Wunder, daß dieses BVG den Protest der Arbeiter herausforderte und es damals zu Massendemonstrationen gegen die Verabschiedung dieses Gesetzes kam!

Die SPD hatte in ihrem Wahl-Programm eine "Demokratisierung" des alten BVG versprochen. Aber leider unterscheidet sich der jetzt vorliegende BVG-Entwurf gar nicht wesentlich von der bisherigen Fassung, sondern enthält sogar einige Verschlechterungen. Es bleibt der von vielen Gewerkschaftern und Betriebsräten angegriffene §49: "Arbeitgeber und Betriebsrat arbeiten im Rahmen der geltenden Tarifverträge vertrauensvoll und im Zusammenwirken mit den im Betrieb vertretenen Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen zum Wohl der Arbeitnehmer und des Betriebes zusammen." Es entfallen die Worte "unter Berücksichtigung des Gemeinwohls", die allzu deutlich auf die Herkunft des §49 vom §1 des nazistischen "Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" (1934) hindeuteten (im Nazi-BVG hieß es: "gemeines Wohl von Volk und Staat"). Es bleibt die "vertrauensvolle Zusammenarbeit" und die Verpflichtung der Betriebsräte auf das "Wohl des Betriebes" (im Nazi-BVG: "Förderung der Betriebszwecke"). Es heißt im §74 des BVG-Entwurfs der Regierung weiter: "Maßnahmen des Arbeitskampfes zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat sind unzulässig. ... Arbeitgeber und Betriebsrat haben Betätigungen, einschließlich politischer Betätigungen, durch die der Arbeitsablauf oder der Friede des Betriebes beeinträchtigt werden, zu unterlassen." Begriffe wie "Betriebsfrieden" und "Beeinträchtigung" sind so verschwommen und dehnbar, daß letzten Endes die Entscheidung bei den Gerichten liegen wird, die erfahrungsgemäß in der Mehrheit aller Fälle ohnehin dem Kapitalisten Recht geben. Auch im neuen Entwurf ist die Beibehaltung der "Schweigepflicht" vorgesehen. Das kann z. B. bedeuten: Ein Betriebsrat merkt, daß der Betrieb praktisch pleite ist und demnächst dicht machen wird. Es ist dann vom BVG dem Betriebsrat verboten, die Kollegen rechtzeitig über diese Lage der Dinge zu informieren, damit sie sich darauf einstellen können (Suche nach einer neuen Stelle usw.).

Die Betriebsräte in Deutschland sind nach russischem Vorbild aus der November-Revolution von 1918 hervorgegangen. Seither haben die Kapitalisten nichts unversucht gelassen, einen Keil zwischen die Arbeiterschaft und ihre Betriebsräte zu treiben, die Betriebsräte durch die verschiedensten Kniffe und Gesetze an die Kette zu legen, die Betriebsräte mehr oder weniger zu Komplizen der Kapitalisten zu machen. Ein demokratisches BVG muß die Betriebsräte wieder zu Organen der Arbeiterschaft machen, die allein den Arbeitern verantwortlich sein dürfen. Also: WEG MIT DER "VERTRAUENSVOLLEN ZUSAMMENARBEIT", an die sich die Kapitalisten sowieso nicht halten! WEG MIT DER SCHWEGEPFLICHT der Betriebsräte! Die Betriebsräte sollen und müssen die Arbeiter über alle betrieblichen Angelegenheiten informieren, von denen die Arbeiter betroffen werden. WEG MIT DER VERPFLICHTUNG AUF DEN "BETRIEBSFRIEDEN"!

Sicher ist, daß eine echte und gesicherte demokratische Betriebsverfassung eine demokratische Gesellschaft voraussetzt, in der das Privateigentum an den Produktionsmitteln für alle Zeiten beseitigt sein wird. Nur im Kapitalismus gibt es so widersinnige Gesetze, die z. B. gewählte Vertreter der Arbeiter dazu verpflichten, "zum Wohle des Betriebes" (der dem Kapitalisten gehört!) tätig zu werden, mit den Kapitalisten "vertrauensvoll zusammenzuarbeiten", usw.

Unter den Bedingungen der kapitalistischen Gesellschaft ist an eine echte und gesicherte demokratische Betriebsverfassung nicht zu denken. Nur der Sozialismus bedeutet breiteste Arbeiter-Demokratie. Aber ebenso sicher ist, daß wir uns auch im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft einen gewissen demokratischen Spielraum erkämpfen können und müssen. Das liegt unserer Forderung zugrunde: "FREIE GEWERKSCHAFTLICHE UND POLITISCHE BETÄTIGUNG IM BETRIEB". Die Forderung nach freier politischer und gewerkschaftlicher Betätigung im Betrieb kann im Kapitalismus nur ansatzweise verwirklicht werden. Aber selbst diese ansatzweise Verwirklichung würde bereits die Ausgangspositionen der Arbeiterklasse sowohl im Lohnkampf als auch im politischen Kampf um die Macht im Staat verbessern. Diese Forderung verbindet also die augenblicklichen mit den grundsätzlichen, langfristigen Interessen der Arbeiterklasse.

4. Aufhebung des KPD-Verbots, gegen Verfolgung demokratischer Kräfte!

In letzter Zeit verstärken sich in den reaktionären Parteien, der kapitalistischen Presse usw. Stimmen, die ein Verbot kommunistischer Organisationen fordern. Offen kündigen auch die Vertreter der SPD ihre Absicht an, zugleich mit längst fälligen Maßnahmen gegen faschistische Terror-Verbände auch "in einem Abwasch" unsere kommunistischen Organisationen zu verbieten.

Die Faschisten hatten 1933 nach ihrer "Machtergreifung" sogleich die KPD verboten und verfolgten ihre Mitglieder mit Zuchthaus, KZ und Tod. Auf den Spuren der Nazis stellte die Adenauer-Regierung im November 1951 Verbotsantrag gegen die nach 1945 zunächst wieder legale KPD. Die Kapitalisten wußten aber, daß zu dieser Zeit der Einfluß der Kommunisten immer noch stark genug war, um ein Verbot schwierig zu machen. Deshalb zogen die Kapitalisten den Verbotsprozess bis 1956 hin. In diesen Jahren wurde der Spielraum der KPD immer weiter eingeeignet, sodaß ihr schon lange vor dem Verbot eine normale politische Arbeit nicht mehr möglich war. 1968 entschieden sich die Kapitalisten dafür, für die "Neukonstituierung" der DKP grünes Licht zu geben. Gleichzeitig akzeptierten die Kapitalisten die Existenz einer großen Zahl kommunistischer und pseudo-"kommunistischer" Zirkel. Die Kapitalisten akzeptieren DKP, "KPD/ML", sogar kommunistische Organisationen akzeptieren sie - und halten doch am KPD-Verbot fest. Und das bedeutet: jede dieser Organisationen könnte von den Kapitalisten

jederzeit verboten werden, weil sie "die Ziele der verbotenen KPD anstrebt". Denn was sind das für Ziele? Sturz der Kapitalistenherrschaft, Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, Vergesellschaftung der Produktionsmittel, Klassenherrschaft der Arbeiter. Ja, welcher Kommunist strebt denn diese Ziele nicht an? Das sind doch Ziele, die sich selbst viele Sozialdemokraten - auch außerhalb von SHB und Jusos - stellen!

Die gegenwärtige Legalität kommunistischer Organisationen ist genauso wenig gesichert wie die vorübergehende Legalität der KPD zwischen 1945 und 1956. Daran würde auch die Aufhebung des KPD-Verbots nichts Grundsätzliches ändern. Eine Aufhebung des KPD-Verbots würde aber dennoch ein neuerliches Verbot erschweren und damit den Kommunisten größeren Handlungsspielraum gegenüber den Verbotsdrohungen geben.

Die Aufhebung des KPD-Verbots liegt darüber hinaus im Interesse aller demokratischen Kräfte. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß das KPD-Verbot von den Kapitalisten auch dazu benutzt wird, die verschiedensten fortschrittlichen Kräfte - die mit Kommunismus in der Regel nicht das geringste zu tun hatten - einzuschüchtern. Das KPD-Verbot ist eine Waffe, die sich gegen alle Kräfte richtet, die für die Belange der werktätigen Bevölkerung eintreten, eine Waffe gegen alle Kräfte, die eine Beseitigung der Lohnsklaverei anstreben, gegen alle Kräfte, die mehr Demokratie für das Volk wollen. Ebenso richten sich die jetzigen Verbotsdrohungen gegen kommunistische Organisationen auch gegen andere fortschrittliche Kräfte. Die Kampagne der Kapitalisten gegen SPD-Linke, SHB, Jusos u. a., macht klar, wenn die Kapitalisten alles mit uns Kommunisten in einen Topf zu werfen gedenken. Die Kapitalisten wollen sich aber nicht mit organisatorischen Verböten begnügen. Alle Teile ihres Staatsapparates - Rundfunk, Fernsehen, Schulen, Behörden, Bundeswehr - sollen systematisch "gesäubert" werden. Gegen diese Pläne richtet sich unsere Forderung: KEINE VERFOLGUNG DEMOKRATISCHER KRÄFTE!

5. Kampf dem Faschismus!

Der Faschismus ist die wütendste Offensive des Kapitals gegen die werktätigen Massen. Der Faschismus ist die offene, terroristische Diktatur der Kapitalistenklasse. Der Faschismus ist der schlimmste Feind der Arbeiterklasse und aller Werktätigen.

Wie Lenin 1910 feststellte, "bildet die Bourgeoisie in allen Ländern unvermeidlich zwei Systeme des Regierens heraus, zwei Methoden des Kampfes für ihre Interessen und für die Verteidigung ihrer Herrschaft, wobei diese zwei Methoden bald einander ablösen, bald sich miteinander in verschiedenartigen Kombinationen verflechten. Die erste Methode ist die Methode der Gewalt, die Methode der Verweigerung aller Zugeständnisse an die Arbeiterbewegung, die Methode der Unterstützung aller alten und überlebten Institutionen, die Methode der unversöhnlichen Ablehnung von Reformen... Die zweite Methode ist die Methode des "Liberalismus", der Schritte in der Richtung auf die Entfaltung politischer Rechte, in der Richtung auf Reformen, Zugeständnisse usw. Nicht aus böser Absicht einzelner Personen und nicht zufällig geht die Bourgeoisie von der einen Methode zur anderen über, sondern infolge der radikalen Widersprüche ihrer eigenen Lage." (Lenin, Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung)

Der Faschismus ist also nicht - wie Revisionisten rechter und "linker" Färbung sich einbilden - die Herrschaft einer aus irgendwelchen Gründen besonders reaktionären "Fraktion" der Kapitalisten, sondern er ist die brutalste Form der Kapitalistenherrschaft schlechthin. Der Faschismus ist Ausdruck der Tatsache, daß die Kapitalistenklasse insgesamt ihre Herrschaft nur durch äußersten Terror noch aufrechterhalten kann. Insofern ist der Faschismus auch - wie Stalin sagt - ein "Zeichen der Schwäche der Bourgeoisie... ein Zeichen dafür, daß die Bourgeoisie nicht mehr imstande ist, mit den alten Methoden des Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie zu herrschen, weshalb sie in der Innenpolitik gezwungen sind, zu terroristischen Regierungsmethoden zu greifen."

Dem Übergang der deutschen Kapitalistenklasse zur faschistischen Diktatur Anfang 1933 lag folgende Situation zugrunde: von der großen kapitalistischen Weltwirtschaftskrise jener Jahre war Deutschland am schwersten getroffen worden. Der Rückgang der Industrie-Produktion gegenüber 1929 betrug: 1930 = -14%, 1931 = -32%, 1932 = -47%. Dieser Rückgang traf besonders die konjunktur-empfindlichen Investitions-Güter: gesamter Rückgang bei I-Gütern 1929-32: -70%! Das bedeutete, daß viele Maschinen nicht mehr erneuert wurden und fast die gesamte Ausrüstung veraltet war. Hatten die Kapitalisten 1929 noch etwa 4,6 Mrd. Reichsmark investieren können, so gab es 1930 und 1931 bereits Des-Investitionen in Höhe von -0,3 bzw. -0,5 Mrd. RM (d. h. es wurden vor allem Lagerbestände abgebaut). Unter diesen Bedingungen ging das Volkseinkommen rapide zurück: von 71,5 Mrd. RM im Jahr 1929 auf 42,6 Mrd. RM im Jahr 1932. Die Arbeitslosigkeit nahm rasch zu und lag Anfang 1933 über 6 Millionen! Die Kapitalisten waren mit über 20 Mrd. RM im Ausland hoffnungslos verschuldet, von den noch weit höheren Reparationsverpflichtungen gar nicht zu reden. Vor allem aber nahm die Arbeiterbewegung in jenen Jahren einen stürmischen Aufschwung. Mehr und mehr verloren SPD- und Gewerkschafts-Führung die Kontrolle über die Arbeiterklasse.

Was die Kapitalisten in dieser Situation brauchten, war eine starke Regierung nach außen und innen. Diese Notwendigkeit war keineswegs an die eine oder andere "Fraktion" gebunden, sondern ergab sich aus der Lage der Kapitalistenklasse insgesamt.

Die Faschisten begannen mit der Zerschlagung der Arbeiterbewegung. Innerhalb eines halben Jahres waren Gewerkschaften, KPD und SPD verboten, die Führer der Arbeiterorganisationen ermordet, im Zuchthaus oder KZ, falls ihnen nicht rechtzeitig die Flucht ins Ausland gelungen war. Die Arbeiter hatten keinerlei organisatorische Vertretung mehr und waren der Willkür der Kapitalistenklasse unterworfen. Im Mai 1933 wurde die Tarif-Autonomie beseitigt, d. h. das Recht der Arbeiter, selbstständig Tarife über ihre Arbeitsbedingungen abzuschließen. Anfang 1934 wurden die Betriebsräte abgeschafft und durch sogenannte "Vertrauensräte" ersetzt; diese brauchten die Billigung der Nazi-Partei und des Kapitals, und konnten außerdem von der faschistischen Staatsbürokratie jederzeit abgesetzt werden.

Durch hohe Staats-Investitionen sanierten die Faschisten die kapitalistische Wirtschaft. Bei diesen Staats-Investitionen spielte mit Abstand die Rüstung die erste Stelle.

Die Rüstungsausgaben nämlich stiegen von 620 Mio. RM auf 15,5 Mrd. RM (1938). Der oft genannte Autobahn-Bau spielte dagegen nur eine untergeordnete Rolle : erst 1937 wurden auf dem Verkehrssektor überhaupt wieder die Staatsausgaben des Jahres 1928 erreicht. Bei Versorgungsbetrieben und beim Wohnungsbau blieben die Staatsausgaben noch 1938 erheblich hinter denen von 1928 zurück. Insgesamt aber verdreifachten sich die Staatsausgaben von 1928 bis 1938 und ihr Anteil am Volkseinkommen stieg in dieser Zeit von 9,6 auf 25,6%; dabei machten die Rüstungsausgaben 1938 etwa 75% der gesamten Staatsausgaben aus.

Die Arbeiter und die übrigen Werktätigen waren die Leidtragenden der faschistischen Wirtschaftspolitik. Der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen sank von 62% im Jahr 1928 auf 57% im Jahr 1938. Während der Index der Industrie-Produktion von 1932 bis 1936 um 82% zunahm, stieg im gleichen Zeitraum das Reineinkommen aus Lohn und Gehalt nur um 38%, das Einkommen aus Handel und Gewerbe (Kapitalisten und Kleinbürger) aber um 77%. Dabei erhöhten sich auch die Preise der Grundlebensmittel noch, und zwar im Zeitraum 1932-39 : Butter + 14%, Kartoffeln +27%, Rindfleisch + 13%. Schweinefleisch + 23%. Butter war seit 1936 rationiert.

(Zahlenangaben zur faschistischen Wirtschaft nach : Gerhard Kroll, Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur, Westberlin 1958 und René Erbe, Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik 1933-39 im Lichte der modernen Theorie, Zürich 1958)

Der Faschismus bedeutet die politische Unterdrückung der Arbeiterklasse, die aller demokratischen Rechte beraubt wird. Er bedeutet die brutale Ausbeutung ihrer Arbeitskraft und eine rücksichtslose Wirtschaftspolitik zugunsten der Kapitalistenklasse. Aber Faschismus bedeutet auch K r i e g ! Der Krieg der Faschisten hat Millionen Menschen unseres Volkes und anderer Länder an Toten gekostet. Faschismus bedeutet organisierter Massenmord an eigenen wie an fremden Völkern.

1945 bestand nach der Niederlage des deutschen Faschismus eine echte Chance, ein Deutschland des Friedens und der Freiheit zu schaffen. Aber nur in der damaligen Ostzone und späteren DDR konnte diese Chance wahrgenommen werden; in den drei Westzonen sorgten die imperialistischen Besatzungsmächte für ein rasches Wiederaufleben der alten reaktionären Kräfte.

Seit einigen Monaten sind faschistische Überfälle und Anschläge auf Arbeiter und ihre Organisationen wieder an der Tagesordnung. Seit Herbst vorigen Jahres treibt die "Aktion Widerstand" ihr Unwesen und ruft offen zu Mord und Gewalt auf. Aber "Aktion Widerstand", "Deutsch-Soziale Aktion", "Europäische Befreiungsfront", und wie sich die verschiedenen rechtsradikalen Terror-Verbände noch nennen mögen, sind natürlich noch nicht "der Faschismus". Sie spielen eine ähnliche Rolle, wie sie die rechtsradikalen und anti-semitischen Sektierer-Vereine während der 20er Jahre a m R a n d e der NSDAP spielten.

Die Rechtsoportunisten erklären : in der "Aktion Widerstand" haben sich die "faschistischen Kräfte" zusammen geschlossen, die "Aktion Widerstand" ist der K e r n der "faschistischen Kräfte" usw. Von dieser Fehleinschätzung ausgehend, setzen die rechtsoportunistischen Genossen einzelne Demonstrationen gegen die "Aktion Widerstand" schon mit dem Kampf gegen den Faschismus gleich. Diese Genossen spekulieren auf ein ganz besonders "breites demokratisches Bündnis", das angeblich nur d a n n zustande kommen kann, wenn um den Kapitalismus als Quelle des Faschismus h e r u m g e r e d e t wird. Die Rechtsoportunisten gehen so weit, "um des lieben Friedens willen" den Faschismus nicht mehr als Diktatur der Kapitalistenklasse, sondern als "die brutalste Staatsform" schlechtthin zu bezeichnen.

Der Kampf gegen "Aktion Widerstand" und andere rechtsradikale Kräfte ist notwendig und nützlich; es gibt für keinen Kommunisten, für keinen Demokraten, einen Grund, diesem Kampf fernzubleiben. Aber das Auftreten der faschistischen Terror-Banden, ihr kriminelles Treiben, ihre offenen Morddrohungen, und ebenso auch das zumindest äußerst "nachsichtige" Verhalten des Staatsapparats diesen Kräften gegenüber - das sind nur V o r b o t e n einer umfassenden Offensive der Kapitalistenklasse gegen unsere wirtschaftlichen Lebensverhältnisse und demokratischen Rechte. Sektierer-Haufen vom Schlage der "Aktion Widerstand" werden bei dieser Offensive letzten Endes auf der Strecke bleiben und keine entscheidende Rolle spielen. Die Rechtsoportunisten laufen Gefahr, ihrer eigenen Bündnistaktik zum Opfer zu fallen : nämlich den Kampf gegen Randerscheinungen wie die "Aktion Widerstand" zum Selbstzweck zu erheben, und darüber den tatsächlichen Kampf gegen den Faschismus, den Kampf gegen die Kapitalis-Offensive, aus den Augen zu verlieren.

Die Kapitalisten bereiten sich auf eine erhebliche Verschärfung der Klassenkämpfe und Übergang zu faschistischen Herrschaftsformen vor. Das kommt zum Ausdruck in den Notstands-Gesetzen, in der Orientierung des "Bundesgrenzschutz" auf den Bürgerkrieg u.a. Diesen Vorbereitungen liegt die bereits genannte Entwicklung der inneren und äußeren Widersprüche des west-deutschen Imperialismus zugrunde.

"Seit Ende des Zweiten Weltkriegs und in den darauffolgenden Jahren des revolutionären Aufschwungs ist das Niveau des politischen Bewußtseins und der Grad der Organisiert-heit bei den Völkern aller Länder sehr viel höher geworden. Ihre Kraft, einander Unterstützung und Hilfe zu gewähren, ist stark angewachsen. Das ganze kapitalistische imperialistische System ist drastisch geschwächt worden und macht einen Prozess der immer stärker werdenden Erschütterungen und des beschleunigten Zerfalls durch... Unser Zeitalter ist dasjenige, in dem der Weltkapitalismus und Imperialismus ihrem Untergang entgegengehen und der Sozialismus und Kommunismus auf dem Vormarsch zum Sieg sind." (L I N B I A O , Es lebe der Sieg im Volkskrieg, Peking 1965)

Es ist wichtig, den Faschismus nicht als irrationales Treiben einiger Kleinbürger und Psychopathen mißzuverstehen, sondern als konkreten Ausdruck der Vorbereitungen der Kapitalistenklasse auf die kommenden Kämpfe zu begreifen, und als Versuch, die eigenen inneren und äußeren Widersprüche zu Lasten des Volkes zu lösen. Das macht alle Spekulationen müßig, ob wir nun den Hauptstoß gegen SPD/FDP, CDU/CSU oder "Aktion Widerstand" richten sollen - der Hauptstoß muß gegen die Kapitalistenklasse gerichtet werden !

Nur wenn wir von diesem Grundsatz ausgehen, können wir auch den konkreten Inhalt unserer Mai-Lösung KAMPF DEM FASCHISMUS ! richtig bestimmen. Die faschistische Formierung, die Offensive der Kapitalistenklasse, trifft die Arbeiter in a l l e n ihren Lebensbereichen, und zwar zuerst in ihrer wirtschaftlichen Lage. Die Verteidigung und Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse und ihrer politischen Rechte ist daher Ausgangspunkt kommunistischer Politik auch im Kampf gegen den Faschismus.

Dazu ist es notwendig, daß die Kommunisten in Agitation und Propaganda sichtbar machen, daß die scheinbar isolierten wirtschaftlichen Konflikte zwischen Arbeitern und Kapitalisten T e i l einer umfassenden und allseitigen Offensive der Kapitalistenklasse sind, die nichts mit der Politik dieser oder jener Partei zu hat, sondern von objektiven Bedürfnissen der Kapitalistenklasse her bestimmt ist. Kampf gegen den Faschismus bedeutet also auch, daß die Kommunisten mehr und mehr in die konkreten Auseinandersetzungen eingreifen, die unterschiedlichsten Kämpfe gegen die Kapitalistenklasse zu organisieren lernen.

Beschämendes Verhalten der DKP-Führung

Mitte März wandten sich SALZ, KAB, und BALZ in einem zweiten Offenen Brief an den Landesvorstand Hamburg der DKP und an die in DKP und SDAJ organisierten Kollegen. Es wurde bedauert, daß sich der Landesvorstand der DKP bis zu diesem Zeitpunkt nicht zur Frage eines Aktionsbündnisses am 1. Mai geäußert hatte und erklärte : "Es ist kein Geheimnis, daß zwischen uns und der DKP grundsätzliche politische Differenzen bestehen. Das ist für uns kein Grund auf gemeinsame Aktionen für die Interessen der Arbeiterklasse zu verzichten, und sollte es auch für die DKP nicht sein !... Das Eintreten für ein gemeinsames Vorgehen am 1. Mai wird die Ernsthaftigkeit der verschiedenen Organisationen zeigen, für die Interessen der Arbeiterklasse wirklich zu kämpfen."

Die DKP-Führung hoffte, durch die Resolutionen - besonders im Jugendbereich - Druck auf den DGB-Vorstand ausüben zu können, am 1. Mai doch noch eine Demonstration zu organisieren. Das war natürlich eine unsinnige und alberne Spekulation. Die DKP-Führung war aber - trotz scheinradikaler Phrasendrescherei - nicht bereit, auch ohne den Segen des DGB-Vorstandes eine 1. Mai-Demonstration zu unterstützen. Als sich die Spekulationen auf den "Druck von unten" auch in den Augen der DKP-Führung als aussichtslos erwiesen hatten, faßte der Hamburger DKP-Landesvorstand am 13. März einen Beschluß, dessen Hauptpunkte waren : "Die DKP verurteilt... Versuche, am 1. Mai Aktionen unabhängig von den Gewerkschaftsorganisationen und den Betrieben zu organisieren, weil solche Aktionen in ihrer Konsequenz antigewerkschaftlichen Charakter tragen und die gewerkschaftliche Kraft aufspalten... Die Landesorganisation Hamburg unterstützt die gewerkschaftlichen Veranstaltungen zum 1. Mai..."

Was bedeutet dieser Beschluß letzten Endes? Er besagt, daß Aktionen der Arbeiter ohne den Segen der DGB-Führung "antigewerkschaftlichen Charakter tragen" daß wir deshalb nichts ohne den Segen der DGB-Führung tun dürfen. Die Absage der Mai-Demonstration durch den Hamburger DGB-Vorstand bezweckt, der SPD/FDP-Regierung einen Gefallen zu tun und die Forderungen der Arbeiter nicht allzu laut werden zu lassen. Die DKP-Führung hält es für richtig, auch die in der DKP organisierten fortschrittlichen Arbeiter zur Einhaltung dieser Politik zu nötigen.

Damit macht sich die DKP-Führung zum verlängerten Arm der SPD/FDP-Regierung, die bei allen "positiven Zügen" eben doch nur eine Regierung der Kapitalistenklasse ist. Diese arbeiterfeindliche Politik der DKP-Führung muß vor dem Hintergrund ihrer eigenen Demagogie gesehen werden. Während der Hamburger Landesvorstand der DKP bereits an der Anti-Mai-Resolution bastelte, tönte die "UZ" vom 13. März noch : "DER 1. MAI BLEIBT EIN KAMPFTAG... Keine falsche Rücksichtnahme... Demonstrationen und Kundgebungen nötig... In einer Zeit, in der Regierung und Unternehmer die Arbeiterschaft derartig massiv bedrängen, müssen sich die Arbeiter demonstrektiv zu Wehr setzen. 'Feierstunden' in schönen Sälen können diesem Anspruch nicht gerecht werden. Überall sollten deshalb Kundgebungen und Demonstrationen stattfinden..." (S. 11) Im Hafen war ein von DKP-Kollegen unterzeichnetes Flugblatt "FÜR DEMONSTRATION UND KUNDGEBUNG AM 1. MAI ! AN ALLE SEELEUTE, HAFENARBEITER UND WERFTARBEITER HAMBURG !" verteilt worden. Darin hieß es unter anderem : "... Der 1. Mai ist der internationale Kampftag aller Arbeiter und Angestellten und soll es auch in Zukunft bleiben. Der Beschluß des DGB-Kreisvorstandes Hamburg, den 1. Mai nur am 30. April im Saal zu feiern, widerspricht der Bedeutung dieses Tages. Hamburger Seeleute und Hafenarbeiter haben sich zusammengefunden, um einen Ausschuss zu gründen, der für den 1. Mai eine große Demonstration mit anschließender Kundgebung vorbereiten soll..."

KAB ARBEITER ZEITUNG

Herausgeber : Gruppe KOMMUNISTISCHER ARBEITERBUND Hamburg
Anschrift : Joachim Welsch, 2 Hamburg 39, Alsterdorfer Str. 375 c
Postcheck-Konto : J. Welsch, Hamburg 3490 22

Die KAB- ARBEITERZEITUNG erscheint in der ersten Woche eines jeden Monats.
Preis -.70 (Mengenrabatt auf Anfrage).
Abonnements und Versand einzelner Nummern nur gegen Voreinsendung des Betrags in Briefmarken oder Vorüberweisung auf das oben angegebene PSCHKonto.

Und "Profil", Zeitung der DKP-Kollegen bei Firma Still, schrieb: "Wir unterstützen die Forderung der Hamburger Arbeiter und Angestellten nach einer Kampfdemonstration am 1. Mai. Wir fordern den DGB-Kreisvorstand auf, entsprechend dem Beschluß der IG Metall-Vertreter und der Kollegen aus den Betrieben unverzüglich mit der Vorbereitung der Demonstration und Kundgebung zu beginnen. ... Kolleginnen und Kollegen, demonstriert am 1. Mai!"

Im Hafen dürfen die DKP-Kollegen am 9. März noch an der Gründung des von ihnen im Flugblatt vorbereiteten Mai-Komitees teilnehmen; die DKP-Kollegen verließen jedoch bereits in der ersten bzw. ein noch schwächerer DKP-Kollege in der zweiten Sitzung das Mai-Komitee.

Die DKP-Kollegen können einem leid tun, für eine sinnlose Zick-Zack-Politik verheißt zu werden, die sie selbst der Lächerlichkeit preisgibt. Erst Propaganda fürs Mai-Komitee, dann Auszug aus dem Komitee. Erst Propaganda für die 1. Mai-Demonstration, dann Kehrtwendung um 180 Grad und Verleumdung der 1. Mai-Demonstration als "antigewerkschaftlich". Welcher Arbeiter wird so eine Politik noch ernstnehmen?

Die DKP-Führung hat entschieden, die 1. Mai-Demonstration als "anti-gewerkschaftlich" zu verleumden. Wie wird sie sich verhalten, wenn - wie zu erwarten - nach dem 1. Mai die DGB-Führung Ausschlussverfahren gegen Gewerkschafter wegen angeblicher "antigewerkschaftlicher Tätigkeit" (mit Bezug auf die Mai-Demonstration) einleitet?

Es wird aber weder der DKP- noch der DGB-Führung gelingen, den Sinn der 1. Mai-Demonstration zu verdrehen. Wir demonstrieren für klare Forderungen, die den grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse entsprechen. Darin ist nichts anti-gewerkschaftliches. Im Gegenteil: ein klares Eintreten für diese Forderungen liegt im wohlverstandenen Interesse der Gewerkschaften. Antigewerkschaftlich sind gerade diejenigen, die den 1. Mai zu "Feierstunden" und "Erntedankfesten" umfunktionieren wollen.

Wer Demonstrationen am 1. Mai als "antigewerkschaftlich" verleumdet, entlarvt damit nur, was er selbst unter "gewerkschaftlich" versteht, nämlich die Kapitulation vor der Kapitalistenklasse und den Verzicht auf eine klare Vertretung unserer Forderungen.

Im oben genannten Beschluß des LV Hamburg der DKP heißt es weiter: "Die Forderung nach einem kämpferischen Verlauf des 1. Mai muß, wenn sie einen realen Boden haben soll - aus den Betrieben und Gewerkschaftsorganisationen heraus entwickelt werden." Seitens der DKP-Führung wird so argumentiert: Kollegen zentraler Betriebe konnten für die 1. Mai-Demonstration nicht gewonnen werden, die Arbeiter wollen gar nicht demonstrieren... usw.

Worin unterscheidet sich das noch von der Demagogie der DGB-Führung, die mit ähnlichen "Argumenten" ihre Haltung zum 1. Mai "begründet"? In den vergangenen Jahren war es doch so, daß immer weniger Arbeiter zu den DGB-Mai-Veranstaltungen kamen, zuletzt 1970 nur etwa 3000, fast ausschließlich Mitglieder und Sympathisanten des SALZ und der DKP.

Bei der momentanen Stimmung der Arbeiter - die ja wesentlich ein Produkt (und nicht die Ursache!) der flauen DGB-Politik ist, - kann man nicht erwarten, daß aus den Betrieben und Gewerkschaftsorganisationen heraus (wie die DKP-Führung formuliert) schon eine nennenswerte Mobilisierung zu erwarten ist. Daß die DKP-Führung zeitweise geglaubt hat, durch Organisation eines erheblichen "Druck von unten" (in diesem Sinn sind ihre Aufrufe und kurzlebigen "Komitees" zur Maidemonstration zu verstehen) den DGB-Vorstand doch noch zur Demonstration zu drängen, war eben eine alberne und unsinnige Illusion.

Natürlich gibt es in der gegenwärtigen Situation noch wenig solchen Druck von unten. Darauf beruht ja eben die Demagogie der DGB-Führung, daß "die Arbeiter keine Demonstration wollen" usw. Worin unterscheidet sich die Logik der Revisionisten noch von der DGB-Führung?

Die entscheidende Frage muß doch wohl vielmehr so lauten: Welche Politik kann die Kampfkraft der Arbeiter stärken? Kann ein entschiedenes Eintreten der Kommunisten und anderen fortschrittlichen Kräfte in Hamburg für die Interessen der Arbeiterklasse zum 1. Mai mehr Menschen für ihren Kampf mobilisieren als die DGB-Führung im vergangenen Jahr? Ja, zweifellos! Die 1. Mai-Demonstration 1971 wird auch quantitativ - von der Menge der Teilnehmer her - nicht hinter der letztjährigen DGB-Kundgebung zurückbleiben!

Das Thema des Aktionsbündnisses mit kommunistischen Organisationen war auch Gegenstand der Betriebsarbeiterversammlung der DKP am 17. März. Das zeigt, daß die revisionistischen Führer durch unsere Aufforderung zur Aktionseinheit bereits arg ins Schwimmen geraten sind. Sie lehnen die Aktionseinheit mit uns genauso ab, wie es die SPD-Führung tut, und ihnen fallen für diese schändliche Politik auch keine besseren Argumente ein als der SPD-Führung. Das ist klar: es gibt keine Argumente gegen die Aktionseinheit! Vom DKP-Landesvorstand Hamburg wurde erklärt, daß es "mit Spalten keine Aktionseinheit" geben könne. Was soll das? Es ist bekannt, daß wir die Politik der DKP-Führung für grundsätzlich falsch halten und deshalb nicht Mitglieder der DKP sind. Das sind Differenzen, über die sich diskutieren läßt, die sich aber nicht verkleistern lassen. Wir sind selbstverständlich jederzeit bereit, mit den Genossen von der DKP über diese Differenzen zu sprechen. Eine ganz andere Sache ist es, trotz Differenzen in einzelnen Fragen dort zusammenzuarbeiten, wo grundsätzliche und gemeinsame Interessen das erfordern. Auch dazu sind wir bereit.

Die DKP-Führung hat auf ihrer sogenannten Betriebsarbeiterversammlung" vom 17. März sogar versucht, demagogisch einen Widerspruch zwischen unseren kommunistischen Organisationen und deren führenden Genossen zu konstruieren; sie erklärte, daß die führenden Genossen Studenten seien; "Drahtzieher im Hintergrund" und "dunkle Geldquellen" wurden angedeutet, während die Mitglieder des SALZ usw. "eigentlich in die DKP gehören"! Die DKP-Führung will also unsere kommunistischen Organisationen nicht nur spalten, sondern offen liquidieren. Soll sie es doch versuchen! Davor haben wir keine Angst! Wenn den DKP-Demagogen ein Einbruch in unsere kommunistischen Organisationen jemals gelingen sollte, so würde das nur beweisen, daß unsere politische Arbeit schlechter als die der DKP wäre. All das wird uns doch nicht davon abbringen, für Aktionsbündnisse auch mit der DKP einzutreten! Man überlege: Die grundsätzlichen (wie wir hoffen!) Meinungsverschiedenheiten mit der SPD-Führung sind doch für die DKP-Führung kein Grund, diese nicht trotzdem immer wieder zur Aktionseinheit aufzufordern? Warum bauscht dann die DKP-Führung ausgerechnet uns gegenüber Differenzen derart auf, daß sie Aktionsbündnisse mit unseren kommunistischen Organisationen grundsätzlich ablehnt?

Der Landesvorstand der DKP in Hamburg hat also beschlossen, daß die DKP sich nicht an der 1. Mai-Demonstration dieses Jahres beteiligen wird. Bleibt nur abzuwarten, ob nach dem 1. Mai auch gemäß dem Vorbild der SPD-Führung Ausschlussverfahren gegen DKP-Kollegen eingeleitet werden, die sich trotzdem an der 1. Mai Demonstration beteiligen...

UNSERE VORSCHLÄGE SIND KEINE „MANÖVER“

Hatten wir anfangs Illusionen über das zu erwartende Verhalten der DKP-Führung? Ganz gewiß nicht! Die Erfahrung hat längst gelehrt, daß die DKP-Führung mit allem und jedem bereit ist, zusammenzugehen - nur nicht mit uns Kommunisten. Eher schlägt sie sich auf die Seite der erklärten Antikommunisten, wie am 1. Mai 1969 in Bremen, wo sie Mao-Bilder zerreißen ließ, dafür von der DGB-Führung belobigt wurde - und dann stolz dieses Lob noch in der "UZ" abdrucken ließ! Die DKP-Führung verhält sich uns Kommunisten gegenüber im Grunde ähnlich wie die SPD-Führung. Mit allen Mitteln wird versucht, unsere Vorschläge zu diffamieren und damit das Zustandekommen von Aktionsbündnissen zu verhindern. Aber die DKP-Führung erweist nur sich selbst und dieser Partei einen schlechten Dienst, wenn sie im Stil der SPD-Führung unsere Vorschläge als "Manöver" und "unehrlich" abtun möchte und politische Differenzen zum Hindernis eines breiten Aktionsbündnisses zu machen sucht. Der "prinzipielle Beschluß" der SPD-Führung gegen jede Aktionseinheit mit Kommunisten ist eine ganz schlechte Sache; und der Beschluß des LV Hamburg der DKP gegen jede Aktionseinheit mit unseren kommunistischen Organisationen ist kaum weniger schlecht!

Auf der anderen Seite steht die Tatsache, daß die DKP-Führung genauso wie die SPD-Führung dem Interesse ihrer Mitglieder, vor allem der Arbeitergenossen, an gemeinsamen Aktionen auch mit kommunistischen Organisationen Rechnung tragen muß. Das rückt in unserer Einschätzung die Perspektive eines breiten Aktionsbündnisses am 1. Mai in den Bereich des Möglichen.

Unsere Vorschläge sind kein "Manöver", sondern entsprechen den Beschlüssen des Kreisjugendausschuß (KJA) des DGB und der Ortsjugendausschüsse (OJA's) mehrerer Einzelgewerkschaften. Die aktuellen gewerkschaftlichen Forderungen der Arbeiter, wie sie auch in den Beschlüssen des KJA und der OJA's zum Ausdruck kommen - das ist die Grundlage der von uns vorgeschlagenen Mai-Lösungen. Dabei gingen wir davon aus, daß es nicht darauf ankommen kann, am 1. Mai revolutionäre, auf den Sozialismus hinweisende Lösungen vor uns herzutragen, sondern daß die tatsächlichen aktuellen Forderungen der Arbeiterklasse im Mittelpunkt stehen müssen. In einer Situation, wo die Kapitalisten ihre Angriffe auf die Arbeiterklasse und ihre Organisationen allseitig verstärken, kommt es darauf an, am 1. Mai eine möglichst machtvolle Demonstration durchzuführen. Das ist das Hauptanliegen unseres Vorschlages.

Wer in den Vorschlägen der Kommunisten ein "Manöver" sieht, gibt damit nur seine eigene Unsicherheit zu erkennen. Natürlich ist es noch immer so gewesen - wie die SPD-Führung richtig feststellt - daß aus den Aktionsbündnissen die Kommunisten gestrichelt hervorgehen, während der Sozialdemokratismus an Boden verliert. Aber warum ist das so? Einfach deshalb, weil sich die Massen in der gemeinsamen Aktion davon überzeugen, daß unsere revolutionäre Strategie und Taktik besser ist als die reformistische der SPD-Führung. Was ist daran schlecht, wenn sich die Menschen davon überzeugen, den für sie günstigsten Weg zu gehen? Aktionsbündnisse sind zweifellos eine Art Test, in dem die politischen Vorstellungen der verschiedenen Parteien

und Organisationen einer kritischen Prüfung unterzogen werden. Wer Aktionsbündnisse als "Manöver" ablehnt, hat einfach Angst, weil er seinen eigenen politischen Vorstellungen nicht so recht traut.

In Hamburg hat es derartige Aktionsbündnisse bisher leider nicht gegeben. Die Demonstration des SALZ gegen den Überfall auf Kambodscha Mai 70 wurde von der DKP-Führung ignoriert; dennoch nahmen 10000 Menschen teil (größte Demonstration in Hamburg seit vielen Jahren!), unter ihnen natürlich auch DKP- und SDAJ-Mitglieder. Am 1. Mai 1970 verzichtete die DKP auf eigene Aktionen; eine große Zahl von DKP- und SDAJ-Mitgliedern nahm an der Mai-Demonstration des SALZ teil. Gegen den Überfall auf Laos Februar 71 organisierte die DKP-Führung innerhalb von knapp zwei Tagen eine Demonstration, von der selbst viele DKP-Mitglieder erst nachträglich erfuhren und zu der deshalb nur einige hundert Menschen kamen. Eine Woche später folgte die Demonstration des SALZ, BALZ und KAB mit mehr als 2000 Menschen. Während dieser Demonstration ließ die DKP-Führung durch ihre Studentengruppe ein spalterisches Flugblatt verteilen, das ohne Bezug auf den Überfall der US-Imperialisten die Veranstalter der Demonstration angriff.

Die Orientierung der Hamburger Kommunisten auf ein breites Aktionsbündnis am 1. Mai wird auch von einigen Super-"Linken" angegriffen. Die Super-"Linken" glauben, Revolution im Alleingang machen zu können und deshalb keine Bündnispolitik zu benötigen. Sie lehnen Aktionsbündnisse ab, vor allem gemeinsame Aktionen mit der DKP.

Einige Sektierer haben die Parole der "Einheit ausschließlich von unten, an der Basis" u.ä. aufgestellt, um die kommunistische Bündnispolitik anzugreifen. Die Frage der "Einheit nur von oben" oder "Einheit nur von unten" wurde schon vor Jahrzehnten in der KOMINTERN beantwortet: beide Auffassungen sind mechanistisch und opportunistisch.

Die Rechtsopportunisten mögen nicht über den Rahmen der "Einheit von oben" hinausgehen. Das hätte für den 1. Mai bedeutet, daß wir uns zwar an die DKP-Führung gewandt hätten, unseren Vorschlag zum Aktionsbündnis aber nicht in Form des "Offenen Briefes" vor den Massen dargelegt hätten; es hätte bedeutet, daß wir überhaupt die Durchführung der 1. Mai-Demonstration von der Zustimmung der DKP-Führung abhängig gemacht hätten. Die Linksopportunisten dagegen lehnen überhaupt organisatorische Aktionsbündnisse ab und möchten alles an der Basis machen. Was hätte das konkret für den 1. Mai geheißen? Die Kommunisten hätten versuchen müssen - ohne Absprache mit anderen Gruppierungen oder wenigstens dem Versuch von Absprachen - eine "eigene" Demonstration zu machen, und dann die Sozialdemokraten, DKP-Mitglieder usw. auffordern, an dieser Demonstration teilzunehmen. Das wäre lächerlich und hätte mit Aktionseinheit nichts mehr zu tun. Die Parole der ausschließlichen Einheit von unten bedeutet: überhaupt keine Einheit. Das ist tatsächlich der Weg der Super-"Linken". So hat die sogenannte "KPD/ML" in Hamburg Mitte März vor einigen Betrieben törichte Aufrufe zu einer "eigenen" Mini-Mai-Demonstration verteilt. Bezeichnenderweise enthielt der Aufruf der "KPD/ML" buchstäblich kein Wort zur Lage der Arbeiterklasse, keine konkreten Mai-Forderungen, sondern nur

abstrakte Belehrungen, "daß das Volk eine Volksarmee braucht". Man darf gespannt sein, welche Falschmeldungen diesmal der "Rote Morgen" über die angeblich "von der KPD/ML geführten Mai-Demonstrationen" an unsere ausländischen Bruderparteien weitergeben wird. Im Vorjahr sprach er bereits von "Tausenden, die am 1. Mai der KPD/ML folgten".

Natürlich kommt es darauf an, das Aktionsbündnis vor allem an der Basis ("von unten") zu festigen. Aber das schließt die Einbeziehung der "Einheit von oben"-Vorschläge zu Aktionsbündnissen z. B. an die DKP-Führung nicht aus, sondern kann sie in gewissen Fällen sogar zur Voraussetzung haben. Worauf es ankommt, das sind unsere Kollegen und Kommilitonen von der DKP, von denen wir möglichst viele von der Notwendigkeit einer gemeinsamen Demonstration am 1. Mai für die dringenden Forderungen der Arbeiterklasse überzeugen wollen. Wir haben die Tatsache respektiert, daß diese Genossen sich nun einmal - zumindest vorläufig - nicht bei uns, sondern in der DKP organisiert haben, und haben uns deshalb mit unserem Angebot zum Aktionsbündnis auch direkt an die richtige Adresse, nämlich den Landesvorstand ihrer Partei, gewandt. In Form der "Offenen Briefe" machten wir aber gleichzeitig die DKP-Genossen mit unseren Vorschlägen bekannt. So zwingen wir den DKP-Landesvorstand, sich offen zu seiner Rolle als Nachtrab der regierungstreuen DGB-Führung und Spalter der fortschrittlichen Kräfte in unserer Stadt zu bekennen.

Die Super-Linken sind Feinde Chinas und Albanien

Die Haltung der Super-"Linken" hat überhaupt nichts zu tun mit der korrekten Politik der albanischen und chinesischen Genossen, auf die sich Gruppen wie die "KPD/ML" in geradezu penetranter Weise ständig berufen. Im Gegenteil: indem die Super-"Linken" auf ihre törichte, sektiererische und antikomunistische Politik die Etiketten "China" und "Albanien" kleben, erweisen sie sich objektiv als Feinde Chinas und Albanien.

Die albanischen Genossen erklären: "Die historischen Erfahrungen zeigen, daß die Kommunisten bei der Führung revolutionärer Kämpfe immer wieder mit den verschiedenen fortschrittlichen Kräften Bündnisse geschlossen haben... Es wäre flach, sektiererisch und schädlich für die Revolution, wenn für ihren Sieg nicht alle, die vereint werden können, zusammengeschlossen werden... Dazu ist es notwendig, daß die Kommunisten in den verschiedenen demokratischen, nationalen und Befreiungs-Fronten durch ihre Arbeit und ihren Kampf das Vertrauen ihrer Bundesgenossen gewinnen, sodaß sie zur Spitze dieser Fronten werden und sie tatsächlich leiten..." (Der faschistische Staatsstreich in Indonesien und die Lehren, die die Kommunisten daraus ziehen, Tirana 1966; S. 13/14)

Und die chinesischen Genossen erklären: "Die proletarischen Parteien in den imperialistischen und kapitalistischen Ländern müssen sich bei der Leitung revolutionärer Kämpfe ihre ideologische, politische und organisatorische Unabhängigkeit bewahren. Zu gleicher Zeit müssen sie sich mit allen Kräften, mit denen Einheit möglich ist, zusammenschließen und eine breite Einheitsfront gegen das Monopolkapital, gegen die Aggressions- und Kriegspolitik des Imperialismus bilden..." (Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, Peking 1965, S. 20)

Mao Tse-tung lehrt uns: "Bei der Führung der Volksmassen im Kampf gegen den Feind müssen die Kommunisten das Ganze im Auge behalten, auf die Mehrheit Rücksicht nehmen und mit den Verbündeten zusammenarbeiten. Die Kommunisten müssen das Prinzip begreifen, daß die Erfordernisse eines Teils den Erfordernissen

des Ganzen unterzuordnen sind... Die Kommunisten dürfen sich niemals von der Mehrheit der Volksmassen loslösen, sie dürfen niemals vorschnell eine fortgeschrittene Minderheit abgesondert vorwärtsführen, ohne auf den Zustand der Mehrheit Rücksicht zu nehmen; sie müssen vielmehr dafür sorgen, daß zwischen den fortgeschrittenen Menschen und den breiten Massen eine enge Verbindung hergestellt wird. Das eben heißt auf die Mehrheit Rücksicht nehmen. Wo immer es demokratische Parteien oder demokratisch eingestellte Persönlichkeiten gibt, die zur Zusammenarbeit mit uns bereit sind, müssen die Kommunisten mit ihnen Rat pflegen und zusammenarbeiten..." (Der Platz der KP Chinas im nationalen Krieg, Oktober 1938; Werke Bd. II, S. 236/237)

Die Geschichte der russischen und chinesischen Revolution lehrt ja in der Praxis, daß nur auf der Basis einer korrekten Bündnispolitik die großen Erfolge möglich waren. Es gehört schon eine ziemliche Dreistigkeit oder völlige Ignoranz dazu, ausgerechnet im Namen des Marxismus-Leninismus die bereits von Lenin bekämpften Thesen der alten "Linken"-Radikalen an den Mann bringen zu wollen. Da gibt es z. B. bei der Gruppe "KPD/ML" einen "prinzipiellen Beschluß", keine Aktionsbündnisse mit der DKP oder SDAJ einzugehen ("Roter Morgen" Februar 71) und Lenins Worte sind immer noch brandaktuell: "Ein Wunder, daß diese 'Linken' bei solchen Ansichten den Bolschewismus nicht entschieden verurteilen! Es ist doch unmöglich, daß diese 'Linken' nicht wissen, daß die ganze Geschichte des Bolschewismus, sowohl vor als auch nach der Oktoberrevolution, voll ist von Fällen des Lavierens, des Pakteins, der Kompromisse mit anderen, darunter auch mit bürgerlichen Parteien!" (Lenin, Linker Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus)

GEGEN WEN MUSS DER HAUPTSTOSS GERICHTET WERDEN?

Die Super-"Linken" jedoch, die den Namen "ML" beanspruchen behaupten unverfroren: "Parolen wie 'Arbeitereinheit schlägt Faschismus' oder 'Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam gegen die Faschisten'... bedeuten nichts anderes als eine Ablenkung von den derzeitigen Aufgaben der Revolution in Westdeutschland. Hinter ihnen steht objektiv die Ablehnung der proletarischen Revolution." ("Roter Morgen", Februar 71).

Aus demselben "Roten Morgen" geht hervor, daß die Super-"Linken" überhaupt nicht damit einverstanden sind, daß wir Kommunisten gegen die faschistische Formierung kämpfen, weil der demokratische, antifaschistische Kampf "unter den derzeitigen Voraussetzungen vom Hauptfeind ablenken würde..."

Gibt es bei der Gruppe "KPD/ML" eine spezielle "Untersuchungskommission", die die Geschichte der Arbeiterbewegung auf die schädlichsten Fehler hin durchwühlt, um uns diese frisch "rot" lackiert als neuesten Schrei anzubieten?

Es muß wohl irgend so eine Kommission geben! Schon Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre hinderten Fehleinschätzungen, Unterschätzung der faschistischen Gefahr und überflüssiges Gerede vom "Sozialfaschismus" die Kommunisten daran, den Kampf der Massen gegen den tatsächlichen Hauptfeind, gegen die Kapitalistenklasse zu orientieren. Krass kommt diese Haltung z. B. in den Worten Martynows auf dem 10. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (Juli 1929) zum Ausdruck:

"In den besonders industrialisierten Ländern, wie z. B. Deutschland, England, steht der unmittelbare Bürgerkrieg zwischen dem Proletariat und der Arbeiteraristokratie bevor, die jetzt die Vorhut der bürgerlichen Konterrevolution ist..."

Wie man sieht, verschwindet die Kapitalistenklasse als unser Hauptfeind völlig aus dem Blickfeld derartiger "Kommunisten". Mag sich diese Haltung noch so revolutionär geben und uns Kommunisten noch so bombastisch und arrogant als "Rechtsopportunisten" beschimpfen, so läuft sie dennoch der Sache und ihrer Konsequenz nach auf nichts anderes hinaus als auf eine erklärte Beschönigung des Kapitalismus.

Man könnte ja naiverweise fragen, was am gemeinsamen Kampf von Kommunisten und Sozialdemokraten denn falsch sein soll, was das mit "Ablehnung der proletarischen Revolution" zu tun hat. Die Super-"Linken" belehren uns aber darüber, daß sie "im Prinzip" ja auch für die Aktionsseinheit sind - "nur jetzt noch nicht". So schreibt der "Rote Morgen": der Kampf gegen den Faschismus "steht noch nicht auf der Tagesordnung"; er "könnte notwendig werden, wenn im Widerspruch zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus bzw. Sozialfaschismus der Faschismus die Hauptseite bildet". ("Roter Morgen", Januar 71). Das ist die alte Unterschätzung des Faschismus. Neu ist daran allein die witzige Auffassung, daß die Arbeiter mit ihrem Kampf gegen den Faschismus solange warten sollen, bis die Wetterfrösche vom "Roten Morgen" den Faschismus für die "Hauptseite" halten.

Aber die Realität entzieht sich den akademischen Spielereien der Super-"Linken": die Zusammenarbeit von Kommunisten, Sozialdemokraten, DKP-Mitgliedern, Liberalen usw. gegen die faschistische Formierung verbessert und stärkt sich ständig; es gibt viele Fälle, wo die Faschisten von den gemeinsam handelnden demokratischen Kräften auseinandergejagt wurden. Ist das gut oder schlecht? Die Super-"Linken" halten das anscheinend für schlecht. Diese Auffassung bedarf keines Kommentars!

Was würde es bedeuten, wenn im Widerspruch zwischen den "zwei Systemen des Regierens" (Lenin) der Faschismus "die Hauptseite bildet" gegenüber der bürgerlichen Demokratie? Das würde bedeuten, daß die Kapitalisten unmittelbar dabei sind, zur faschistischen Diktatur überzugehen oder die "bürgerliche Demokratie" bereits erheblich mit faschistischen Elementen durchsetzt und verflüchtigt ist (z. B. die Weimarer Republik Anfang der 30er Jahre). Dann erst "könnte" nach Meinung der Super-"Linken" eine antifaschistische Einheitsfront "notwendig werden".

Sollen die Kommunisten hinter der Entwicklung herumhumpeln, oder müssen sie ihr vorausgehen? Natürlich müssen die Kommunisten die Massen auf das orientieren, was kommt. Heute muß für die antifaschistische Einheitsfront der Grundstein gelegt werden, und nicht erst dann, wenn er "die Hauptseite bildet". Sonst wäre es wieder einmal zu spät.

Es ist doch klar, daß gegen den Hauptfeind, d. h. gegen die Kapitalistenklasse, eine möglichst große Zahl von Menschen und gesellschaftlichen Kräften zusammengefaßt werden müssen. Aber die Super-"Linken" wollen gar nicht wahrhaben, daß die Kapitalistenklasse unser Hauptfeind ist. Natürlich können die Super-"Linken" nicht recht bestreiten, daß die Kapitalistenklasse ein Feind des Volkes ist, aber sie stellen ihr so viele gleichberechtigte angebliche weitere "Hauptfeinde" an die Seite, daß der Kapitalismus dadurch nur beschönigt wird.

Sie behaupten z. B.: es gibt nicht nur einen Hauptfeind, sondern gleich fünf davon. "Unsere Hauptfeinde sind der USA-Imperialismus, der Sowjetrevisionismus, und die mit ihnen verbündete westdeutsche Monopolbourgeoisie, die ostdeutsche Ulbricht-Clique und deren verlängerter Arm in der Führung der DKP/KPD". ("Roter Morgen", Februar 69)

Eine neuere These besagt: Unser Hauptfeind ist der sogenannte "Dreibund", nämlich Kapitalisten, Staat und Gewerkschaften. (so z. B. in "Betrieb und Gewerkschaft", internes Organ der "KPD/ML", Januar 71). Auch diese These geht im Grunde von der Existenz mehrerer, nämlich dreier "Hauptfeinde" aus, die allerdings zueinander in einem verwandtschaftlichen Verhältnis stehen - (so ähnlich wie "Vater, Sohn und Heiliger Geist" in der Bibel).

Aber es gibt in jedem Prozeß nur einen Hauptwiderspruch und entsprechend nur einen Hauptfeind. Mao Tse-tung lehrt uns: "Im Entwicklungsprozeß eines komplizierten Dinges gibt es eine ganze Reihe von Widersprüchen, unter denen stets einer der Hauptwidersprüche ist; seine Existenz und seine Entwicklung bestimmen oder beeinflussen die Existenz oder die Entwicklung der anderen Widersprüche. So bilden z. B. in der kapitalistischen Gesellschaft die beiden gegensätzlichen Kräfte, Proletariat und Bourgeoisie, den Hauptwiderspruch..."

Jedenfalls steht es ganz außer Zweifel, daß in jeder Etappe eines Entwicklungsprozesses es nur einen einzigen Hauptwiderspruch gibt, der die führende Rolle spielt. Hieraus folgt: wenn ein Prozeß mehrere Widersprüche enthält, muß einer von ihnen der Hauptwiderspruch sein, der die führende und entscheidende Rolle spielt, während die übrigen nur eine sekundäre, untergeordnete Stellung einnehmen. Infolgedessen muß man sich beim Studium eines komplizierten Prozesses, der zwei oder noch mehr Widersprüche enthält, die größte Mühe geben, den Hauptwiderspruch herauszufinden." (Mao, Über den Widerspruch).

Die Super-"Linken" teilen die Lage bloß über den Dämonen an; entdecken sie dann Widersprüche, so werden sie unterschiedslos kurzerhand zu "Hauptwidersprüchen" ernannt. Das bedeutet in der Konsequenz: Vertuschung des wirklichen Hauptwiderspruchs, Beschönigung des wirklichen Hauptfeindes. Wer nicht weiß, wo der Hauptfeind steht, der kennt auch nicht seine Freunde, der weiß nicht, wohn der Hauptstoß zu führen ist und trifft blind um sich schlagend Freund und Feind gleichermaßen. "Für die Revolution ist es eine Frage von erstrangiger Bedeutung, daß man die Freunde von den Feinden unterscheidet, sich mit den wahren Freunden zusammenschließt und die wahren Feinde angreift." (Peking Rundschau 12/71)

Super-"Linke" im Dienste der Kapitalistenklasse

Von dieser Grundlage ausgehend ist es ja nur konsequent, daß die Super-"Linken" die faschistische Formierung krampfhaft zu verharmlosen versuchen, daß für sie der Faschismus überhaupt nur in Form des sogenannten "Sozialfaschismus" in der DDR und SPD Aktualität hat. "Warum eine Nazi-Partei, wenn die SPD/FDP-Regierung die Aufgabe der Faschisierung viel besser übernimmt?", fragt der "Rote Morgen" (März 71). Ja, und warum dann

überhaupt noch gegen die faschistische Formierung um Franz Josef Strauß kämpfen, - was die Super-"Linken" ja auch bewußt unterlassen. Aber warum investieren die Kapitalisten dann soviel Geld in die faschistische Formierung, ließen sich allein die Abspaltung der rechtsradikalen "National-Liberalen Aktion" (NLA) von der FDP einige hunderttausend Mark kosten, warum bauen sie Strauß als "starken Mann" für den Sturz der SPD/FDP-Regierung auf? Die "dummen" Kapitalisten könnten doch eine Menge Geld sparen, wenn sie auf die Meinung der neunmal-klugen Super-"Linken" hören würden, daß die SPD/FDP-Regierung "die Aufgabe der Faschisierung viel besser übernimmt"?

Wenn es die Super-"Linken" nicht gäbe, würden die Kapitalisten sie erfinden! Die "prinzipielle" Ablehnung der Aktionseinheit und die systematische Verharmlosung der faschistischen Gefahr sind keine zufälligen Fehleinschätzungen, sondern sind "Politik aus einem Guß". Das ist eine Politik, die nicht der Arbeiterklasse dient, sondern ganz allein den Kapitalisten. Bezahlte Agenten der Kapitalisten könnten es kaum besser machen! Es ist nur konsequent, daß der Herausgeber des "Roten Morgen" und sein Erster Adjutant in Privatunterhaltungen angekündigt haben, demnächst unsere kommunistischen Organisationen (SALZ, KAB u.a.) als "neo-revisionistisch" anzugreifen. Ihre ganze "Politik" steht völlig im Dienst der Kapitalistenklasse - warum sollten sie da nicht endlich offen uns Kommunisten angreifen?

"Wenn wir vom Feind bekämpft werden, dann ist das gut; denn es ist ein Beweis, daß wir zwischen uns und dem Feind einen klaren Trennungsstrich gezogen haben. Wenn uns der Feind wutschnaubend entgegentritt, uns in den allerschwarzesten Farben malt und gar nichts bei uns gelten läßt, dann ist das noch besser, denn es zeugt davon, daß wir nicht nur zwischen uns und dem Feind einen klaren Trennungsstrich gezogen haben, sondern daß unsere Arbeit auch sehr gute Erfolge zeitigt hat." (Mao Tse-Tung, Wenn der Feind uns bekämpft, ist das gut und nicht schlecht, Mai 1939)

DIE ERFAHRUNGEN UNSERER SCHWEDISCHEN GENOSSEN

Überall in Westeuropa sind in den vergangenen Jahren Kräfte aufgetreten, die versuchen, die junge kommunistische, nicht-revisionistische Bewegung in eine "links"-sektiererische Ecke abzurufen und sie damit letzten Endes "unschädlich" zu machen. In der jungen kommunistischen Bewegung stellen diese Kräfte zur Zeit die Hauptgefahr dar.

Von unserer schwedischen Bruderorganisation KOMMUNISTISKA FÖRBUNDET MARXIST-LENNISTERN (KFML) wird die Auseinandersetzung mit den zum "Links"-Sektierertum drängenden Kräften seit längerer Zeit in Theorie und Praxis geführt.

Während des großen Bergarbeiterstreiks in Nordschweden 1970 erklärten die "Links"-Sektierer: Hauptaufgabe der KFML ist es, die Notwendigkeit einer kommunistischen Partei zu propagieren. Dagegen legten die schwedischen Marxisten-Leninisten das Schwergewicht auf allseitige Unterstützung der streikenden Bergarbeiter (ansatzweise Führung des Streiks durch Kommunisten und Organisation z.B. von Geldsammlungen in anderen Landesteilen für die Familien der Streikenden). Die schwedischen Genossen versuchten also vor allem, den Streik in die richtige, zum Erfolg führende Richtung zu lenken und die Solidarität mit den Streikenden zu verstärken. Diese politische Arbeit - so erklärten sie - sei ein weit besserer Schritt zum Parteaufbau, als abstrakte Phrasen über die "Notwendigkeit der Partei" usw. Die Menschen akzep-

tieren nicht bloße Geschwätz über "die Partei", wenn sich die Kommunisten nicht in der Praxis als die besten Kämpfer für die Belange der Arbeiter erweisen. Im Gegensatz zu den "Links"-Sektierern waren unsere schwedischen Genossen außerdem der Meinung, daß in ihrer Agitation und Propaganda der Hauptschlag gegen die Kapitalistenklasse gerichtet werden müsse.

Anders als die hiesigen Super-"Linken" erkannten die schwedischen "Links"-Sektierer immerhin die Notwendigkeit an, mit Revisionisten und Reformisten Aktionsbündnisse einzugehen. Die "Links"-Sektierer waren aber dagegen, Bündnisse auch mit bürgerlichen Jugendorganisationen einzugehen, als diese zu solchen Bündnissen bereit waren.

Dagegen stellten die schwedischen Marxisten-Leninisten die Demonstrationen zum 1. Mai unter folgende zentrale Losungen: "Kampf gegen Monopolkapital - für Sozialismus", "Kampf der Klassenversöhnung - für eine vereinigte revolutionäre Arbeiterbewegung", und "Kampf dem Imperialismus, Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen". Die Genossen der KFML erklärten ihre Bereitschaft, Aktionsbündnisse mit jeder Gruppierung einzugehen, die sich auf den Boden einer dieser drei Losungen stellen würde. Sie stellten ihre 1. Mai-Demonstration unter die Parole "ROTFRONT" und luden u.a. die SSU (Jugosozialisten) und die VUF (Jugendorganisation der Revi-

sionisten) ein; örtlich wurde auch die VPK (die revisionistische Partei) zur Aktionseinheit aufgefordert. Darüber hinaus wurden auf lokaler Ebene die Jugendorganisationen der bürgerlichen Zentrumspartei und der Liberalen zur Aktionseinheit aufgefordert. "Es ist für uns von Bedeutung, bei jedem einzelnen Schlag danach zu streben, eine größtmögliche Unterstützung zu erreichen, die möglichen Bundesgenossen zu gewinnen und die Widersprüche im bürgerlichen Lager auszunutzen", erklärten die schwedischen Genossen in ihrer Stellungnahme "Var star den 'vänster'-opportunistiska klickerna" (Wo steht die "links"-opportunistische Clique?).

Die schwedischen Genossen haben durch ihre ausgezeichnete politische Arbeit die Führung in der Vietnam-Einheitsfront DFFG erobert, der größten und aktivsten linken Massenorganisation in Schweden. Theoretisch hätte daher die Möglichkeit bestanden, zu den letzten schwedischen Reichstagswahlen einen Beschluß der DFFG durchzudrücken, für die sich an den Wahlen beteiligende KFML zu stimmen. Das wäre von den Mehrheitsverhältnissen her gar kein Problem gewesen. Von den "Links"-Sektierern wurde in der Tat auf eine derartige "Wahlempfehlung" gedrängt. Dagegen lehnten unsere schwedischen Genossen ein solches Vorgehen ab, weil es letzten Endes eine Spaltung der Einheitsfront und eine Beschneidung ihrer Möglichkeiten bedeutete hätte.

Die Bedürfnisse und Forderungen der Massen zur Grundlage unserer Politik machen

Die Super-"Linken" kultivieren ihre Organisationen als Selbstzweck. Daher bestimmen sie nicht die Aufgaben der Kommunisten von den Erfordernissen der Arbeiterklasse her, sondern bestimmen umgekehrt angebliche "Aufgaben" der Arbeiterklasse von den Bedürfnissen ihres eigenen isolierten Zirkels her. Das kommt zum Ausdruck in bombastischen Aufforderungen, es sei "derzeit die wichtigste Aufgabe" der Arbeiter, diesen oder jenen Haufen wildgewordener Kleinbürger zu "unterstützen". Die Arbeiter denken nicht daran!

Die Sektierer schielen bei jeder Aktion danach, welche unmittelbare "Funktion" diese Aktion für den Aufbau und die Stärkung ihres eigenen Zirkels hat. Das ist eine völlig falsche Auffassung, die weder den Kampf der Massen zu organisieren hilft, noch der Stärkung der proletarischen Organisations-Ansätze dient.

Die Sektierer machen einen mechanistischen Unterschied zwischen zwei eingebildeten "Etappen", nämlich erst die "Konsolidierung" ihres eigenen Zirkels, und dann die Erarbeitung einer Masselinie, die Unterstützung und Anleitung von Massenkämpfen. Dadurch kommen sie zur Auffassung, daß die "Konsolidierung" ihres eigenen Zirkels "zur Zeit die Hauptaufgabe" ist. Die Sektierer begreifen also nicht den engen dialektischen Zusammenhang, der zwischen der Entwicklung einer korrekten Masselinie und der Stärkung der kommunistischen Bewegung besteht.

Wie gewinnen denn die Kommunisten das Vertrauen der Menschen? Doch nicht durch penetrante Selbstbeweihräucherung (wie sie besonders der "Rote Morgen" betreibt) und auch nicht durch bombastische Appelle "An die Massen", die von der wirklichen Lage der Menschen völlig losgelöst sind. Sondern nur dadurch, daß Kommunisten sich praktisch, in den Tageskämpfen, als zuverlässige und vertrauenswürdige Führer des Massenkampfes erweisen. Andernfalls werden wir bei den Menschen nicht die geringste Unterstützung finden, und es wird uns dann auch nicht gelingen, fortschrittliche Arbeiter in größerer Zahl für unsere kommunistischen Organisationen heranzuziehen.

Während des Wahlkampfes kämpften die schwedischen Kommunisten gegen die falsche Auffassung der "Links"-Sektierer, man dürfe nur die abstrakte Notwendigkeit der kommunistischen Partei und des Sozialismus propagieren; das Aufstellen konkreter Forderungen ausgehend von den Bedürfnissen der Massen sei falsch.

Die schwedischen Genossen sind uns in der Bekämpfung des "Links"-Sektierertums einige Schritte voraus. Wir können von ihren Erfahrungen lernen! Auf der Basis der besonderen schwedischen Bedingungen (seit Jahrzehnten sozialdemokratische Regierung, starke fortschrittliche Kräfte in den Jugendorganisationen fast aller Parteien, extreme rechtsopportunistische Verfallung der revisionistischen VPK) ist es unseren schwedischen Genossen z.B. gelungen, zur ROTFRONT-Demonstration am letzten 1. Mai allein in Stockholm fast 10 000 Menschen zu mobilisieren.

Die KFML geht aus von den marxistisch-leninistischen Grundsatz: Erweiterung der fortschrittlichen Kräfte, Gewinnung der Zwischenschichten, Isolierung der wirklichen Reaktionäre. Dagegen möchten die "Links"-Sektierer bei uns wie in Schweden den "Hauptstoß" gegen die Zwischenkräfte richten, d.h. gegen die Reformisten und Revisionisten. Die "Politik" der "Links"-Sektierer isoliert aber letzten Endes sie selbst, statt der reaktionären Kräfte.

"Die proletarischen Parteien und alle Revolutionäre... müssen mit den Massen die gleiche Luft atmen, mit ihnen durch dick und dünn gehen, bescheiden von ihnen lernen, ihre lernwilligen Schüler bleiben und es gut verstehen, die revolutionäre Initiative der Massen ausfindig zu machen und aus den Massen Weisheit und Kraft zu schöpfen. Eine proletarische Partei kann erst dann sich stählen und heranwachsen, wenn sie sich im Stürmen und Wogen der Massenbewegung einsetzt. Ebenso kann ein korrektes Programm und eine richtige Linie nur in der Praxis des Klassenkampfes der breiten Massen ausgearbeitet und entwickelt werden und wird dabei überprüft und durchgeführt."

(Artikel der chinesischen Zeitungen "VOLKS-ZEITUNG" und "ROTE FAHNE" zum 100. Jahrestag der Pariser Kommune; zitiert nach PEKING RUNDSCHAU, Nr. 12/71)

In den Thesen der Sektierer kommt die verhängnisvolle Tendenz zum Ausdruck, sich selbst über die Arbeiterklasse zu stellen. Aber wir Kommunisten sind für die Massen da, und nicht umgekehrt! Die Sektierer bilden sich ein, sie hätten einen "Führungsanspruch", dem die Massen gefälligst Folge zu leisten haben. Das ist eine ganz und gar unsinnige Meinung! Wer derartige Thesen vertritt, wird sich zwangsläufig den Kopf immer wieder an den Realitäten stoßen.

Was muss im Mittelpunkt stehen?

Betrifft das etwa nur die Super-"Linken"? Keineswegs! Wir brauchen uns ja nur die Mai-Parolen der DKP-Führung anzusehen, um auch die rechte, revisionistische Variante des Sektierertums vor Augen zu haben. Da heißt es in dem Beschluß der 14. Landesvorstandstagung der DKP Hamburg vom 13. März:

"Im Mittelpunkt des 1. Mai stehen folgende Forderungen: sofortige Ratifizierung der Verträge von Moskau und Warschau, für die Einberufung einer europäischen Gipfelkonferenz und die völkerrechtliche Anerken-

nung der DDR, für den Abbau der Rüstungslasten, Verbot der neonazistischen NPD und aller Organisationen der sogenannten Aktion Widerstand. Für ein innerbetriebliches und überbetriebliches Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten und ein Betriebsverfassungsgesetz auf der Grundlage des Entwurfes des DGB vom Frühjahr 1970. Stärkung der Gewerkschaften als Interessenvertretung der Arbeiter und Angestellten. Für Preis- und Mietstop, die Sicherung der Arbeitsplätze, für höhere Löhne und Gehälter."

Ist das die Rangordnung, die die Arbeiter ihren Forderungen geben? Nein. Die Arbeiter unterstützen durchaus in ihrer großen Mehrheit die "Ostverträge" als einen Ansatz zur Entspannung und damit zur Verminderung der Kriegsgefahr in Europa. Die Arbeiter sind aber weit davon entfernt, die Ratifizierung zum Mittelpunkt ihrer Forderungen zu machen, einen wahren Kult um diese Teilfrage zu machen - wie es die DKP-Führung beharrlich tut.

Der LV Hamburg der DKP verfälscht den Willen der Arbeiter, wenn er das Gegenteil behauptet. Die Sektierer landen da, wo sie die wirklichen Bedürfnisse und Forderungen der Massen nur noch an untergeordneter Stelle und in ganz unverbindlicher Form berücksichtigen: "Für höhere Löhne und Gehälter", dieser unverbindlichen Forderung können sogar die Kapitalisten zustimmen! Und wo bleibt für den DKP-LV die faschistische Formierung um Strauß? Sie fällt völlig unter den Tisch!

Genauso wenig wie die "Links"-Sektierer geht auch die DKP-Führung von den Bedürfnissen und Forderungen der Massen aus. Erklärte doch ein Herr Gerns auf der 8. Tagung des Parteivorstandes der DKP Ende

Februar: "In einer Zeit verschärfter Klassenausbeutung um den künftigen Weg der Bundesrepublik ist der Kampf um die Ratifizierung und Verwirklichung der Verträge von Moskau und Warschau in den Mittelpunkt gerückt..." (UZ vom 6. März, S. 5)

"In den Mittelpunkt gerückt", ja, aber für wen denn? Doch nicht für die Arbeiterklasse, Herr Gerns!

Es ist typisch, daß die DKP-Führung die faschistische Formierung fast nur mit den "Ostverträgen" begründet (und damit die faschistische Gefahr tatsächlich verharmlost!), statt von dem Angriff der Kapitalistenklasse auf die wirtschaftlichen Lebensverhältnisse und politischen Rechte des Volkes auszugehen, und auf dieser Grundlage zu bestimmen, was jetzt "im Mittelpunkt" zu stehen hat.

Wenn wir wirklich beabsichtigen, werktätige Massen gegen die faschistische Gefahr zu mobilisieren, so müssen wir eben auch von den tatsächlichen Bedürfnissen und Forderungen der Menschen ausgehen, nicht aber von eingebildeten "Mittelpunkten", die lediglich in den Köpfen einiger "Links"- und Rechts-Sektierer existieren.

"Wenn man sich mit den Massen verbinden will, muß man den Bedürfnissen und Wünschen der Massen entsprechend handeln.

Bei jeder Arbeit, die für die Massen geleistet wird, muß man von den Bedürfnissen der Massen ausgehen, und nicht von irgendwelchen persönlichen Wünschen, und seien diese noch so wohlmeinend... Man muß von den realen Bedürfnissen der Massen ausgehen, nicht aber von solchen, die wir uns einbilden..."

(MAO TSE-TUNG, Die Einheitsfront in der Kulturarbeit, Oktober 1944)

H.Remmele:

**Schritt
halten!**

(Warum muß der
Kampf gegen zwei
Fronten gerichtet
werden?)

1930

Nachdruck des

Preis 3,00 DM

KAB

Die Gruppe KOMMUNISTISCHER ARBEITERBUND Hamburg gibt in diesem Monat einen Nachdruck der Artikel-Folge Hermann Remmeles "Schritt halten! (Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden?)" heraus. Diese Artikel-Folge erschien im Frühjahr 1930 in "Die Internationale", Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus, der KPD.

Hermann Remmele begründet in dieser Artikel-Folge die Notwendigkeit des Kampfes "an zwei Fronten", d.h. sowohl gegen den rechten wie den pseudo-"linken" Opportunismus. Lenin hat uns gelehrt: "Im Kampf mit welchen Feinden innerhalb der Arbeiterbewegung ist der Bolschewismus aufgewachsen, erstarkt und gestählt worden? Erstens und hauptsächlich im Kampfe gegen den Opportunismus... das war natürlicherweise der Hauptfeind des Bolschewismus innerhalb der Arbeiterbewegung. Dieser Feind bleibt auch der Hauptfeind im internationalen Maßstabe. Diesem Feinde hat der Bolschewismus die größte Aufmerksamkeit gewidmet und widmet sie noch. Diese Seite der Tätigkeit der Bolschewiki ist jetzt auch im Ausland schon ziemlich gut bekannt. Etwas anderes muß von einem anderen Feinde innerhalb der Arbeiterbewegung gesagt werden. Im Auslande ist es allzu ungenügend bekannt, daß der Bolschewismus aufgewachsen ist, sich entwickelt hat und gestählt worden ist in langjährigem Kampf gegen kleinbürgerlich-revolutionäre Stimmungen, die dem Anarchismus ähnlich sind oder manches von ihm entlehnt haben, die in allem Wesentlichen von den Bedingungen und Anforderungen des konsequenten proletarischen Klassenkampfes abweichen." (Lenin: Der linke Radikalismus)

In "Schritt halten!" setzt Remmele sich gründlich und mit vielen konkreten Beispielen mit dem damals aktuellen "Links"-Sektierertum der Merker-Gruppe innerhalb der KPD auseinander. Remmele zeigt, wie die scheinradikale "Linkheit" der Merker-Gruppe in Wahrheit bedeutete: Nebenwidersprüche (besonders innerhalb der Arbeiterbewegung) zu überspitzen, den Kampf gegen den Hauptfeind (die Kapitalistenklasse) zu vernachlässigen und die faschistische Gefahr gefährlich zu unterschätzen. Der Artikel Remmeles hat teilweise beklemmende Aktualität, weil einige "linke" Gruppen sich heute bemühen, die Fehler der deutschen Arbeiterbewegung ein zweites Mal zu wiederholen, und zu diesem Zweck auch die vermoderten Thesen der Merker-Gruppe wieder ausgegraben haben.

Wir hoffen, daß der Nachdruck dieses Remmele-Artikels sowohl zum besseren Verständnis der Geschichte der KPD wie auch zur möglichst raschen Überwindung super-"linker" Tendenzen in der wieder erstarkenden kommunistischen Bewegung unseres Landes helfen wird.